

Der Heimatsdienst



Hindenburgdenkmal in Posen

Der im Todeverfallenen unsterblichen Danks ist die erste
Denkmalsform, die in einem Lande einen
Held oder Krieger mit einem
einzigartigen Namen in unsere Denkmäler



Helm von Königsberg



Die Schlacht bei Tannenberg 1914



Ich blieb auf meinem Posten!

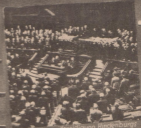


Gebirgskrieg Russen

Ein Leben im Dienste des deutschen Volkes

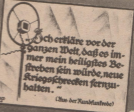


Hindenburg an der Westfront



Kriegsbeginn Hindenburg

Ich habe das Feldbringen
meines Vaterlandes gesehen
und glaube nie und niemals
dass es sein Todebringen ge-
wesen ist."



Das der Kaisertruppe

Ich erkläre vor der
ganzen Welt, dass es im-
mer mein heiligstes Be-
streben sein würde, neue
Kriegszwischenfälle fernzu-
halten."



von Hindenburg

Hindenburg als Mensch und Führer

Hindenburg gehört durch die Wurzeln seiner Herkunft und durch die jugendliche Prägung seines Charakters einer Epoche an, die unvergänglich dem Heidenbuch des deutschen Volkes einverleibt ist. Seine Entfaltung zur höchsten Reife vollzog sich in einem halben Säkulum, dessen gesellschaftslehre festigung nicht konservativ, sondern durch einen neuen fortschrittlichen Optimismus angefangen war.

Er selber aber blieb ein Mann der Beharrung, der sich von den Ursprünglichkeiten seines Daseins und von den Deutungen des Bemordenen auch auf Grund seiner späteren reichen Erlebnisse und Erfahrungen nicht entfernte. Seine Heimat und sein Vaterland, das alte Preußen, hatte er noch als organische Einheit erlebt; als der nationalbewußte Beobachter in organisierten Einigungen seinen Aufschwung nahm, behielt er seine geschlossene und einfache Vorstellung von Staatlichkeit und Volkstum bei. Es ist also ganz falsch, wenn man ihn als einen Kompromißler betrachtet, der sich veränderten Lagen tatächlich anpassen wisse. Er ist in ungleichen öffentlichen Verhältnissen immer der gleiche geblieben bis auf den heutigen Tag. Uns Krisenmomenten von 1932, die nach so vielen neuen Modifikationen greifen müssen, um den Einklang mit dem steigenden Zeitalter zu behalten, fällt es daher schon schwer, die lapidare Erklärung Hindenburgs voll zu erfassen. Sein Antlitz leuchtete sich zum jüngerem Mann, seine Lebensführung in Selbstzucht und Güte wurde zum Vorbild, aber die Nachfolge in seinen Spuren blieb einem schwächeren Geschlecht schon vielfach verlagert.

Vielleicht möchte unser Volk in eine Kebensregion keuern, die den hindenburgischen Anfängern näher benachbart ist als die Wechselfindel, durch die unsere jüngeren Generationen hindurch mußten. Man kann zwar niemals Zustände der Vergangenheit wiederholen, wohl aber weltanschaulichehaltungen zurückverweben, deren sittliche Wirksamkeit sich heilfam bewährt hat. Wenn sich viele Millionen deutsche Menschen, die alle guten und schlechten Errungenschaften unseres jüngsten Zeitalters durchsoftet haben, Hindenburgs Führertum für das deutsche Reich wiederherstellen wollen, muß das einen tiefen realen Grund haben. Aus einer bloßen politischen Konstellation ließe sich ein solcher Wunsch nicht erklären. Man sehnt sich eben in Zeiten der Entwurzelung nach einem Menschen, der noch Wurzeln hat.

Wir vermuten jetzt so oft das Schicksalort von der Autorität und meinen damit jenseit nationale Selbstliebe auf dem Schicksal der Wirtschaft. Hindenburg ist autark, alle Folgen seines Wesens wuchsen in deutschem Boden, und sein Leben war ein einziger Dienst an der Zusammenfassung unseres ureigenen Bestandes, an der Abwehr auseinanderstrebender und zerfetzender Strömungen. Wenn er zur Volksgemeinschaft mahnt, so ist das keine Drohung aus dem Lager der Parteien, sondern die seelische Summe seines Wollens und seines Tuns.

Aus seinem Elternhause her, aus seinem alpreußischen Soldatenum bringt er jenen Geist patriarchalischer Gemeinlichkeit, den wir im Zeitalter Wilhelms II. großenteils verloren hatten und der in den Anfängen der Republik vielen als veraltet erschien. Aber gerade in Jahren äußerster Not und zerrissener Zweifel lernen wir wieder ahnen und einsehen, daß unsere Verbundenheit im Schicksal nicht auf formalen Verträgen und gesetzlichen Dokumenten beruht, sondern auf einer Gemeinschaft, deren Kern weit hinter alle statutenhaften Satzungen liegt. Die Schwermänner, die seine Partei waren, bildeten zugleich die oberste Bauernschaft und das Treuhändertum des norddeutschen Landes. Aus den Sippen, die einen von Natur wenig befristeten Raum zu einem farken Staat umschufen, erband die Besonnenheit nicht als Schematismus der Pflichten, sondern als lebendigen Gut. Wir wollen uns nicht verhehlen, daß die Schicksal allerersteser Schlichter ziemlich zerschmolzen ist, aber wir wissen, daß in Hindenburg das Allgemeinliche und Zeitlose dieser Ebnung fortbelebte.

Sehr lange, ehe er als Wirtenträger Kundgebungen zu erlassen hatte, nämlich sechzig Jahre früher, hat der zehnjährige Paul von Hindenburg vor seinem Eintritt ins Kadettenkorps eine Proklamationsurkunde verfaßt, die schon die entscheidenden Züge seiner Persönlichkeit

vorwegnimmt. Mit ungelübter Hand schreibt er sein „Lebentamt“; die Spielfolgen verteilt er darin an Bruder und Schwester. Er versagt, daß sein Bruder für einen armen Hiltshiller eine Frühstücksbrotzeit mitnehmen soll, was er bisher getan hat. Durchbreitungen von dem Ernst und der Würde seiner Niederchrift, flugt er seiner Unterchrift die Worte hinzu: „Daß ich dieses wahr und wahrhaftig geschrieben habe, bestätige ich hiermit.“ Und dann fordert er auch noch gleich sein Lebensmotto an den Rand: „Ruhe und Frieden bitte ich mir für immer aus.“

Wiederbasi hat ihm das Leben weniger Ruhe und Frieden zu teilen werden lassen als den meisten feinen Mitmenschen. Kaum der Schule entwachsen, zieht er in Krieg und Verwundung nach Königsgrätz. Ein paar Jahre später verleiht er als Adjutant durch das Militärlebensfeuer vor Metz. Die Gründung des Deutschen Reiches begrüßt er mit gegangem Säbel im Spiegelsaal von Versailles. Dann gibt es zwar für ihn einen langen Frieden, aber eine rastlose Arbeit. Er bezeugt selber, daß ihm als Generalmajor durcharbeitete Nächste seine Seltenheit waren. Als er dann seine Kebensmission beendet glaubt, wird er ganz unerwartet von seinem Ruheposten in die Weltgeschichte berufen. Schon vorher des Feldherrn erwirbt er sich die menschliche Verehrung als Volksheldling. In den Gemütern der Revolution erwirbt er sich als der treue Erbe der riesenhaften Heereskörpers, der von der Dreyweilung bedroht ist. Der Siebzehnjährige tritt sich wie der Sechshährige im Zusammenbruch der alten väterlichen Autorität gelingt auch im Aufbruch der neuen Ordnung die Verhütung des Schlimmsten. — Sechs Jahre vergehen, der Inflationsstrecken ist vorüber, aber der Neubaubängt noch nicht vollendet. Deutschlands Zukunft scheint sich zu erheilen, aber der Luftstigmann sich noch als trügerisch erweisen. Die Krise rufft den ehrwürdigen Greis in das höchste Amt. Er nimmt die Bürde auf sich, um der nationalen Veröhnung zu dienen. Ein Volkstetel bekennt sich nur mit Zögern zu seiner neuen Sendung als pastor patriae; später geraten andere Volksguppen in Zweifel darüber, ob er noch immer der erforene Mentor auf dem Wege zu freierer Freiheit und freier Sozialpolitik sein soll. Aber es ist eben das empte Kos aller hochragenden Gebieter und Repräsentanten, daß sie nicht immer Ausdruck für die Seelenregungen einer Gesamtheit sein können. Man braucht sich deshalb nicht über weiterwärtige Einstimmungen innerhalb der Volksmassen zu beklagen. Die Naturgesetze des öffentlichen Lebens gestalten sich in unpaßliche Gleichgewichtsverhältnisse von längerer Dauer. Wenn ein Heilungsgroßwerk sehr braucht und so gefährlichen Rückschlüssen begleitet wird, so halten viele Veranlassungen die Überlegung nicht aus. Aber der besonnene Arzt wird nicht zu Eisenhartungen greifen, ma auch der vergrößerte Patient gerade danach helfen verlangen.

Hindenburg will mit Ruhe und Frieden kurieren. Er will den Weg des Abenteuer vermeiden, den gerade heute viele für den einfachen halten und in dem sie die reale Lösung sehen. Er aber hat sich niemals für Experimente entschieden, und wenn schon das Desagieren und seine Ausföhrung ein Wagnis ist, so soll man nach Hindenburgs alter Devise nicht während der Operationen die Pläne ändern. Nach dieser Methode hat er einst Lannenberg gewonnen, indem er sich die hochartig plötzlichen Besserisierungen während der Aktion verbot. Man solle, so hat er sich damals geäußert, ihn niemals seihen dürfen, durch Kopfschütteln besetzt zu sein, wenn die füngung seine Niederlage wolle.

Einem Aufbruch, dessen Ziel beim Kommando nicht zu übersehen ist, hält er für chaotisch; er glaubt also die höchste Disziplin darin zu sehen, daß man sich von allen lebensschafflichen Verlockungen fernhält. So ist er, nehmst alles nur in sich, das Gegenteil eines Revolutionärs. Die praktische Geschichte, aus deren staatssozialer und hieberrnännlicher Atmosphäre er herangegangen ist, ist durch Rebellion und Umsturz niemals geschmettert worden. Sie fand unter der federisanzischen Parole, man müsse die Ohren seifen halten. Eine solche Startheit kann gewiß ihre Nachteile haben, wenn sich wie heute die nationalen Schwierigkeiten in einer nahezu babylonischen Verwirrung aufstürmen. Aber noch hat die deutsche Artung und die deutsche Kebensgeschichte niemals erwiesen, daß der



Reichspräsident von Hindenburg

auf einem Spaziergang im Garten des Reichspräsidentenpalais mit seinen Entföhrern

Kaufsch wüchtiger gestaltes könne als das gutgeschmittenen Maß von wohlüberlegter Klarheit des Hirns und Ausdauer des Herzens.

Man soll zwar in Zeiten, da alle Aderleistungen unsicher geworden sind, niemals das Zukünftige hartnäckig prophezeien wollen, sicher aber ist, daß Hindenburg eine politische Reise ins Phantastische, und wäre sie noch so heroisch inszeniert, niemals antreten kann und niemals antreten wird. Darum scharren sich um ihn alle, die ihr Vaterland durch Reformen retten wollen und den Bruch mit den Schwandläufereien unseres schweren Weges absehen. Hindenburg wird denen, die unser von Krisenstürmen durchgeschütteltes Land durch radikales Verhalten aus den Zübelungen von Arbeitslosigkeit und Welterschöpfung herausheben wollen, ihren Patriotismus nicht absprechen, aber er wird sich nicht Maßnahmen aufräumen lassen, die eine Koterie um seine Letzte bedeuten.

Als ihn vor zwei Jahren sein Gewissen zwang, dem Haager Reparationsplan zuzustimmen, hat er es nur unter schweren natürlichen Bedenken getan, ohne Rücksicht auf die schmerzhaften seelischen Wunden, die ihm der Widerspruch der Draufgänger zuzufügen. Inzwischen hat ihm die Selbstbehauptung der weltwirtschaftlichen Schwerezeit beflößigt, daß Unersüßbares auch von den Gläu-

bigern als unerfüllbar anerkannt werden mußte, die damals davon nicht im voraus zu überzeugen waren. Diese Strategie ohne Abenteuer erwieis schrittweise ihren Sinn. Was morgen geht, geht heute nicht, und was gestern unmöglich war, ist heute schon da. Wenn die gegenwärtigen Zustände in Deutschland gegen die natürlichen und organischen Lebensrechte einer erstreckend großen Zahl unserer Volksgenossen verstoßen, so ist damit zwar ein tragischer Konflikt geschaffen, aber nicht gegen Hindenburg beziffert. Ihre Idee und Umfang dieses Wunsches werden die Hauptthesen der deutschen Geschichte einmal auf jeden moralischen und staatspolitischen Keller und Pfennig auskratzen gehen. Über Deutschland, wie es war und ist, bucht schon längst für ihn moralische, staatspolitische und wirtschaftliche Aktiospunkte seitelang, während die Befürworter anderer Rechnungssysteme noch auf Kredit leben.

Ein großes Volk, das leben will und leben wird, obwohl ihm eine Welt fremder Gewalten das Leben wiederholt nicht mehr gönnen wollte, nimmt sich zu seinem Mentor immer den, den es braucht. Wenn ein altes Volk wie das der Deutschen politisch noch so jung ist, so kann es zwar feige begehen, aber nicht die Klammer entnehmen, die ihm Reize in Bestimmung und Tat vorgelegt haben.

Die Neuwahl des Reichspräsidenten

Von Ministerialrat Dr. Georg Kaisenberg

Am 5. Mai 1932 geht die siebenjährige Amtsperiode des Herrn Reichspräsidenten zu Ende. Damit ergibt sich die Notwendigkeit, die Neuwahl des Reichspräsidenten so jetzt vorzubereiten, daß am 5. Mai ein Reichspräsident — neu gewählt — zur Übernahme des Amtes vorhanden ist. Während der Wahltag für eine Reichstagswahl vom Reichspräsidenten bestimmt wird, wird der Wahltag für die Präsidentenwahl vom Reichstag festgesetzt.

Die Entscheidung über den Wahltag ist gefallen. Entsprechend dem Vorschlag des für die Durchführung der Wahl zuständigen und parlamentarisch verantwortlichen Reichsministers des Innern hat der Reichstag als Wahltag für die Reichspräsidentenwahl Sonntag, den 13. März, bestimmt. Nach dem Präsidentenwahlgesetz ist zum Reichspräsidenten gewählt, wer mehr als die Hälfte aller gültigen Stimmen erhalten hat. Entsprechend ist also die absolute Stimmenmehrheit. Wird eine solche nicht erreicht, so findet ein zweiter Wahlgang statt. Bei diesem ist gewählt, wer die meisten gültigen Stimmen, wer also die relative Mehrheit erhalten hat.

Zur Vorbereitung der Wahl ist eine ausreichende Zeitpause erforderlich. Zwischen erster und einem zweiten Wahlgang muß eine Frist von etwa drei Wochen liegen. Zwischen einem zweiten Wahlgang und dem Amtsantritt des neu gewählten Reichspräsidenten muß gleichfalls eine ausreichende Frist liegen, um das Wahlergebnis festzustellen und durch das Wahlprüfungsgericht prüfen zu lassen. Während der überlängten Zeit, also vom Palmsonntag bis zum ersten Sonntag nach Ostern, kann eine Wahl nicht stattfinden. Das verbietet die Rücksicht auf die religiösen Bedürfnisse weitester Volksteile. Der Palmsonntag scheidet im Hinblick auf die evangelische Kirche aus; der erste Sonntag nach Ostern ist in der katholischen Reichsteile der Tag der Erntedankfest, der „Weiße Sonntag“.

So ergeben sich aus der Wahlfrist wie aus der Kalenderlage zwangsläufig Sonntag, der 13. März, für den ersten Wahlgang und Sonntag, der 10. April, für einen etwaigen zweiten Wahlgang. Das sind nach dem Kalender die gleichen Sonntage vor und nach Ostern wie bei der Präsidentenwahl 1925.

Für die Reichstagswahl 1924 wurde der amtliche Stimmzettel eingeführt. Ihm werden die Wahlvor schläge der einzelnen Parteien unter Angabe der Parteibezeichnung und der Namen der ersten vier Bewerber mit Ordnungsnummer aufgeführt. Im die Verwendung einheitlicher amtlicher Stimmzettel bei der Reichspräsidentenwahl zu ermöglichen, ist auch für die Reichspräsidentenwahl durch Gesetz vom 15. März 1925 das System der Wahlvor schläge eingeführt worden. Für die Aufstellung solcher Wahlvor schläge gibt es zwei Möglichkeiten. Die eine Möglichkeit besteht darin, daß der Wahlvor schlag von einer Wahlergruppe ausgeht, die bei der letzten Reichstagswahl einen Reichswahlvor schlag eingereicht und auf die angeschlossenen Kreiswahlvor schläge mindestens eine halbe Million Stimmen erhalten hat. Die andere Einreichungsart ist die, daß der Wahlvor schlag von mindestens 20 000 Wählern unterschrieben wird.

Bei der Reichspräsidentenwahl 1925 find die Wahlvor schläge von den politischen Parteien ausgegangen, also von Wahlergruppen, die bei der letzten Reichstagswahl Reichswahlvor schläge eingereicht hatten. Beim zweiten Wahlgang hat Generalfeldmarschall von Hindenburg als Anwärter des Reichsblochs, in dem die Rechtsparteien zusammengeschlossen waren, Reichsfinanzier a. D. Marx als Anwärter des Volksblochs (Sozial-

demokraten, Zentrum und Demokraten) kandidiert. Die beiden Wahlvor schläge waren für die zu Wahlen vereinigten politischen Parteien von einer zentralen Stelle eingereicht worden. Die Kandidatur der Kommunistischen Partei, des Abgeordneten Thälmann, war gleichfalls von der Partei eingereicht worden.

Für die Reichspräsidentenwahl 1932 ist die überparteiliche Kandidatur des gegenwärtig amtierenden Herrn Reichspräsidenten, des Generalmarschalls Paul von Hindenburg, zulassung bekommen. Dieser Wahlvor schlag geht nicht von Wahlergruppen aus, die bei der letzten Reichstagswahl einen Wahlvor schlag eingereicht hatten. Die Unterschriften für den Wahlvor schlag mußten daher gesammelt werden. Für die Unterschriftensammlung hat der unter Führung des Oberbürgermeisters Dr. Schme-Berlin stehende Wahlvor schlag-Ausschuß die Unterstützung der Presse erbeten und erhalten. Der Wahlvor schlag Hindenburg ist inzwischen bereits beim Reichswahlleiter eingereicht worden. Als weitere Kandidatur ist bisher die des Oberleitnants a. D. Erhard Dörmig in Hamburg, a. D. des 2. Verdingens des „Stahlhelms“, beantragt worden. Diese Kandidatur wird getragen von der Deutschen Nationalen Volkspartei und dem Stahlhelm. Ferner steht fest, daß die Kommunistische Partei, wie im Jahre 1925, den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Ernst Thälmann in Hamburg als Anwärter benennen wird. Als Kandidat der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei ist deren Führer, Adolf Hitler, benannt worden.

Gewählt wird nur mit amtlichen Stimmzetteln, auf denen die einzelnen Anwärter mit Vor- und Zunamen, Stand oder Beruf und Wohnort aufgeführt sind, und zwar in Feldern untereinander. Die Reihenfolge von oben nach unten richtet sich nach den Anfangsbuchstaben des Namens, dem Felde eines jeden Anwärters ist ein runder Kreis, stehend in einem Diered, angebracht zur Aufnahme des Stimmmerksens. Die Stimmabgabe erfolgt derart, daß der Wähler durch ein auf den Stimmzettel gefaltetes Kreuz oder auf andere Weise kenntlich macht, welchem Wahlvor schlag er seine Stimme gibt. Wenn auch jeder Stimmberechtigten in der Art der Einzeichnung freie Hand hat, so empfiehlt es sich, zur Vermeidung der Gefahr einer Ungültigerklärung und im Interesse der Vereinfachung des Stimmabgabeverfahrens die Kennzeichnung in der Weise vorzunehmen, daß der Wähler in dem Kreuz des Anwärters, dem er seine Stimme geben will, ein Kreuz setzt. Es ist auch zulässig, daß der Wähler seine Stimme für eine nicht vorgeschlagene Person abgibt. Zu diesem Zweck ist auf den amtlichen Stimmzetteln unter den Feldern für die zugelassenen Anwärter ein besonderes freies Feld — ohne Kreis — angebracht, in das der Stimmerechtigten ein sonstiger Anwärter eintragen kann, wenn er keinem der Vorgeschlagenen seine Stimme geben will. Die Abgabe der Stimme für nicht zugelassene Anwärter ist praktisch ohne Bedeutung und führt nur zur Zersplitterung der Stimmen; denn bei der Präsidentenwahl kann nur ein Anwärter Aussicht auf Erfolg haben, hinter dem große Volksmassen stehen.

Wählen kann nur, wer in die Stimmliste der Stimmartei seines Wohn- oder Aufenthaltsortes eingetragen ist oder wer einen Stimmchein für sich rechtzeitig hat ausstellen lassen. Zur Vermeidung des Verlustes des Wahlrechts empfiehlt es sich daher, daß jeder Wähler die Stimmartei oder Stimmliste während der Auslegungsfrist einseht oder durch eine zuverlässige Vertrauensperson einsehen läßt. Die Stimmartei und Stimmlisten werden in der Zeit vom 3. bis 6. März bei den Gemeindeführern aus-

gelegt. Die Gemeindebehörde kann die Auslegung schon früher beginnen lassen. In jeder Gemeinde wird die Auslegungsfrist, d. h. die Zeit, während der die Stimmkarten und Stimmzettel zu jedemfalls Einfließt ausliegen, ortsüblich durch Plakataufschlag, durch Anschlag an der Gemeinde tafel, durch Befestigmachung in der Sozialpresse, in kleinen ländlichen Gemeinden auch durch Ausrufen bekanntgemacht. Derartige Maßnahmen können die Stimmzettel einzusehen oder durch eine vertrauenswürdige Person einsehen zu lassen.

Der am Wahltag vorerh. ist, muß sich bei der Gemeindebehörde seines Wohn- oder Aufenthaltsortes rechtzeitig zu Stimmloche in ausstellen lassen, mit dem er berechtigt ist, in jedem beliebigen Orte innerhalb des Deutschen Reiches abzustimmen.

Gewählt kann nur am Abstimmungsstag werden, und zwar nur während der Abstimmungszeit. Die Abstimmungszeit beginnt beim ersten Wahlgang um 9 Uhr vormittags und schließt um 6 Uhr nachmittags. In kleinen Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern kann die untere Verwaltungsbehörde (in Preußen der Landrat, in Bayern das Bezirksamt, in Sachsen die Amtshauptmannschaft) eine kürzere Abstimmungszeit für die einzelnen Gemeinden anordnen. Diese verkürzte Abstimmungszeit muß mindestens sechs Stunden umfassen und darf nicht später als 11 Uhr nachmittags beginnen und nicht vor 4 Uhr nachmittags schließen.

Wahlrecht ist Wahlpflicht! Derwaise feiner, seine oberste staatsbürgerliche Pflicht am 13. März zu erfüllen!

Bankenreform

Von Regierungsrat Horwitz

Die Reorganisation der deutschen Großbanken zieht die Bilanz aus dem Ereignissen, die sich seit 1½ Jahren vollzogen haben, insbesondere aus der starken Rückziehung der kurzfristigen Kredite des Auslandes, die zunächst im September 1930 einsetzte und nach einer Pause von etwa einem halben Jahr im Mai und den folgenden Monaten des Jahres 1931 noch über die Katastrophe hinaus angedauert hat.

Es ist das erhelmt in der Geschichte des Wirtschaftslebens, daß in diesem Umfang Kapital einer Volkswirtschaft entzogen wurde, und daß die einzelnen Gläubiger sich nicht auf die Rückführung ihrer Kredite von einzelnen Instituten beschränkt, sondern ihre Rückführung auf die einen ganzen Banksystem gegebenen Kredite ausgedehnt haben.

Es ist und war von jeher ein anerkannter Grundsatz, daß einer plötzlichen Rückführung von Kreditsummen großen Ausmaßes kein Bankunternehmen gewachsen sein kann. Besonders schwer mußte sich diese Rückwirkung in Deutschland auswirken. Der deutsche Kapitalmarkt, durch Abfluß von Mitteln zur Zahlung politischer Schulden ständig wachgehalten, hatte zu einem hohen Zinssatz geführt, und dieser wiederum kaus kurzfristige Gelder ins Land gezogen. In der Erwartung späterer Konsolidierung waren diese Gelder, zum großen Teil mit Kenntnis der Gläubiger, an die Wirtschaft ausgeliehen und von dieser zur Investition in langfristigen Anlagen verwendet worden. Wie wir heute, nachdem sich diese Konsolidierung als nicht möglich erwiesen hat, rückblickend erkennen, war manche dieser Ausleihung ein Fehler.

Diese Investitionen, die zur Befriedigung eines vernünftigen Bedürfnisses entsprachen, haben sich durch die Verminderung des Absatzes infolge einer Weltkrise von ungeahntem Ausmaß als Fehlinvestitionen herausgestellt. Wäre Deutschland eine ruhige, allmähliche Abwicklung dieser Kredite von vornherein ermöglicht worden, so wären der Bankzusammenbruch im Juli 1931 und die in diesem Verfolg eingetretenen Kreditverfälschungen und Schrumpfungen der Wirtschaft gar nicht oder sicher nicht in diesem Umfang eingetreten. Dabei soll gar nicht beschönigt werden, daß auch hier Schuld und Schicksal zusammengegriffen haben.

Am 13. Juli 1931 stellte dann die Danatbank die Zahlungen ein. Schon am gleichen Tage wurde Klar, daß auch die anderen Banken dem Ansturm der aufgeregten Kunden in den nächsten Tagen erliegen würden. Bankfeiertage wurden daher angeordnet. Bevor die Banken wieder eröffnet wurden, ist die Dresdner Bank rekonstruiert worden. Daß die Wiedereröffnung der Banken im übrigen schon am 8. August 1931 möglich war, obwohl angeordnete Schwierigkeiten und Überstände zu besämpfen waren, und daß sie so ruhig verlaufen ist, ist ein tröstliches Zeichen dafür, daß in Stunden der Gefahr in unserm aufgewühlten und zerrissenen Volk der gesunde Sinn und eine klare Erkenntnis der Gefahren und Notwendigkeiten sich durchzusetzen wußten.

Es ist gelungen, mit dem vorläufig rekonstruierten Bankentzen bis heute zu arbeiten, ohne daß sich erneut tragende ernsthafte Gefahren bemerkbar gemacht hätten. Es verdient sich von selbst, daß Regierung und Reichsbank seit der Wiedereröffnung der Banken das Problem ihrer endgültigen Rekonstruktion nicht aus dem Auge

gelassen haben. Es ist auch nicht etwa so, daß die großen Arbeiten, die in der Zwischenzeit auf dem Gebiet der inneren Reform und der Klärung der Reparationsfrage eingeleitet worden sind, die endgültige Regelung aufgehalten hätten. Vielmehr setzte diese voraus, daß die Banken in eine umfassende Prüfung ihrer Gesamtanlage und ihrer einzelnen Kunden eintraten, eine riesige Arbeit, die namentlich in ihren großen Ämtern als besetzt angesehen werden kann. Außerdem war notwendig, daß eine — wenn auch nur provisorische — Regelung der kurzfristigen Schulden an das Ausland stattfand, wie sie neuerdings erfolgt ist. Die Regierung hat endlich geglaubt, antwortendes Gewicht darauf legen zu müssen, daß alle vier Großbanken am selben Tage mit einer offenen Darlegung über den Stand ihrer Verbindnisse herauskommen, und daß gleichzeitig nach erfolgter Vereinigung die Rekonstruktionen bekanntgegeben werden.

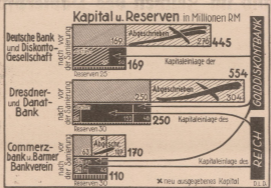
Es gibt keine Kreditbank, die ein dem vorjährigen Abschluß amährendes Ertragnis aufweisen kann. Die meisten haben in ihrem Bilanz die großen Verluste aufzuweisen. Die Deutung erfolgt durch Herabsetzung des Kapitals (Einziehung eigener Aktien, Zusammenlegung auflebender Aktien) und Inanspruchnahme der Reserven.

In einigen Fällen reicht, wenn eine gründliche Säuberung der Bilanz vorgenommen werden soll, auch das noch nicht aus. Hier wird das Reich bei einzelnen Banken Sachanlagen einlegen, die im Laufe der Jahre aus den Gewinnen zu tilgen sind. Außerdem hat das Reich sich bereit erklärt, Sachanlagen zur Bildung von Zersparnissen zur Verfügung zu stellen; auch diese Beträge müssen aus den fünfjährigen Gewinnen getilgt werden. — Die durch die Kapitalzusammenlegung und Einziehung von Aktien zu Klein gewordenen Bankkapitalien werden in der Weise erhöht, daß die Golddiskontbank vorübergehend, d. h. bis zu dem Zeitpunkt, in dem privates Kapital wieder zur Verfügung steht, Aktien übernimmt. Der Golddiskontbank nimmt die Mittel hierzu dadurch zugeführt, daß sie ihr Kapital erhöht. Die neuen Aktien der Golddiskontbank werden von der Reichsbank übernommen, und zwar mit Mitteln, die sie aus Erparung der Notenrente gewinnt.

Im nur die wichtigsten Punkte der Banken-Reorganisation hervorzuheben: Eine besonders große Finanztransaktion stellt die Vereinigung Danat-Dresdner Bank dar. Es war zu überlegen, ob man die Danatbank selbständig erhalten oder mit einem anderen Institut verbinden sollte. Nach sorgfältiger Überlegung ist die Fusion als das zweckmäßigste erkannt worden. Eine Wiederaufrichtung der Danatbank hätte zum mindesten ebenso große Mittel erfordert wie die Fusion. Es wäre aber dann nicht möglich gewesen, die unbedingt notwendige Rationalisierung im Bankentzen durchzuführen, und es wäre ferner nicht möglich gewesen, die Reichtsgarantie abzubauen.

Die Stammaktien der Dresdner Bank werden im Verhältnis von 10 : 3, die Vorzugsaktien im Verhältnis von 3 : 2 zusammengelegt. Die hierdurch erzielten Zwischengewinne werden noch dadurch erhöht, daß das Reich der Dresdner Bank 48 Millionen Vorzugsaktien zur Verfügung stellt, die die Golddiskontbank mit einem Älgio von etwa 3 v. H. übernimmt. Die im freien Verkehr befind-

Die Sanierung der Grossbanken



lichen Aktien der Danabank werden in der Weise gegen Aktien der Dresdner Bank umgetauscht, daß auf 10 000 Danabankaktien 3000 Dresdner entfallen. In deren Mitteln fließen der Dresdner Bank etwa 65 Millionen neu zu. Außerdem erhält sie in sehr erheblichem Umfang Sachamteilungen zur Bildung der gesetzlichen Reserve und zur Ausgleichsreserve. Kapital und gesetzlicher Referensfonds zusammen werden 250 Millionen betragen.

Es ist insbesondere Vorfrage getroffen, daß die Liquidität unter allen Umständen gesichert ist.

Der Abbau von Angebotsaktien wird in scheinbarer Weise vorgenommen werden. Dabei soll ein Teil der Danabank-Angebotaktien auf die Dresdner Bank übernommen werden, für die sie entlassen werden müssen, wird in erheblicher Weise durch Abbau anderer Vorgefertigt werden. Das Reichsinstitutministerium hat dafür 20 Millionen RM. zur Verfügung gestellt.

Eine weitere Fusion betrifft den Barmer Bankverein und die Commerzbank. Es ist nicht richtig, daß dieser Zusammenschluß von der Regierung erzwungen wurde. Im Gegenteil, die Regierung hätte einen selbständigen Fortbestand des Barmer Bankvereins gern gesehen. Die Verwaltung glaubte jedoch, ein rentables Arbeiten für die Zukunft nicht in Aussicht stellen zu können. Aus diesem Grunde wurde der Zusammenschluß notwendig.

Bei der Commerzbank selbst wird das 75 Millionen betragende Aktienkapital im Verhältnis von 10:3 zusammengelegt. Dadurch werden etwa 52 Millionen ausjuliend des seitigen Referensfonds 92 Millionen zu Abschreibungen frei. Die Gold-disfondbank übernimmt 45 Millionen neue Aktien der Commerzbank zum Kurse von 115 o. B. Aus der Zusammenlegung bleiben übrig 22½ Millionen Aktien. Dem Barmer Bankverein werden im Umtausch 12½ Millionen Aktien gegeben. Das Gesamtkapital beträgt demnach 80 Millionen, die offene Reserve beläuft sich auf 30 Millionen, davon stammen 25% vom Reich und 6% durch Abzug.

Die Deutsche Bank wird ihr Aktienkapital im Verhältnis von 5:2 zusammenlegen und 72 Mill. RM. neue Aktien ausgeben. Ihr Kapital beträgt dann 144 Mill. RM., die Reserven 25 Millionen RM.

England im Zeichen des Papierpfunbes

Von Staatssekretär a. D. Dr. X. von Kählmann

Dem Außenstehenden, selbst wenn er meinte, England gut zu kennen, mag die Nachricht, die Nation habe sich das Pfund Sterling die Goldbasis verlassen, ungläublich und unbegreiflich. Das Pfund und seine Goldbedeutung scheinen so fest verankert und unerschütterlich wie die Pyramiden. In der Art, wie das Unvermeidliche der Welt mitgeteilt wurde, offenbarte sich wieder die durch jahrhundertelange Schulung erprobene politische Weisheit der Nation. Was durch den Druck übermächtiger äußerer Umstände erzwungen wurde, ließ man als reflexig geplant und freiwillig gemacht erscheinen. In der Tat hat ein großer Teil des Auslandes das Aufgehen der Goldbasis so gesehen wie England wünschte, es solle geschehen werden.

Zahlreiche Staaten sind genötigt gewesen, dem Beispiele Englands zu folgen, und sieht man auf einer Weltkarte die Länder, die noch auf Goldbasis stehen, so ist die Fläche gegen die Länder mit erschütterter oder unsicherer Währung beängstigend klein.

Wie das Problem sich auswirken würde in einem Lande, das für die meisten Rohstoffe, mit Ausnahme von Kohle und Eisen, auf Import angewiesen ist, das von der Verarbeitung dieser Rohstoffe lebt und noch obenreih mindestens drei Viertel seines Zahlungsmittelbedarfs zum Auslande beziehen muß, hat zu zahlreichen Prognostierungen und Voraussagen geführt. Schiden wie gleich voraus, daß sich an all diesen so gut wie nichts ändern wird.

Die Propheten, eingedenk dessen, was sich in Österreich und Deutschland, und später auch in Frankreich beim Dersall der Währung vollzogen hat, sagten rasches Anziehen der Preise auf dem Inlandsmarkt voraus, Kapitalabwanderung, starkes Sinken der fest veranschlagten Werte, Hampering und Flucht in die wertbeständig gehaltenen Anlagen. Wie sieht demgegenüber heute die Wirklichkeit? Das Niveau der Kassen täglicher Lebenshaltung hat sich in England bis jetzt so gut wie gar nicht verändert. Von einer Flucht aus dem Pfund, insbesondere aus den fest gereinigten Sterlingwerten, ist bisher kaum etwas wahrzunehmen. Die belobende Wirkung der verschlechterten Daluta auf den Arbeitsmarkt und die Exportindustrie ist zum großen Teil eingetreten, vor allem spürbar im Textilgewerbe und in der Kohle.

Es liegt nun nahe, nach den Ursachen zu forschen, welche in England der Abkehr vom Goldstandard andere Ergebnisse folgen ließen, als sie die Erziehung anderer Länder hätte erwarten lassen.

Die Refonktion der Banken wird in weitem Umfang aus Industrie und Handel zugute kommen. Darüber hinaus ist für Industrie und Handel Vorfrage getroffen durch Ausbau der Akzept- und Garantiefunktion.

Die Allgemeine Deutsche Kreditanstalt ist seipzig wird ebenfalls auf eine unbedingte gesicherte Grundlag gestiftet werden durch Übernahme von Aktien durch die Golddisfondbank und durch Zuführung von Reserven durch das Reich. Der Einfluß von Reich und Golddisfondbank auf die Geschäftsführung aller Banken, die in die Aktion einbezogen wurden, ist sicherzustellen.

Abschließend kann man sagen: Die deutsche Wirtschaft hat im Sommer 1931 einen Sturm von noch nicht erlebter Schwere über sich ergehen lassen müssen. Zwischen 4 und 5 Milliarden RM. wurde Mittel, und zwar in der Hauptsache über die Großbanken, werden ihr entzogen. Sie hat sich in einer Weise widerstandsfähig gezeigt, die ohne Beispiel ist, und hat den Sturm überstanden. Das ist am deutlichsten daraus zu erkennen, daß bei der Akzept- und Garantiefunktion, die bei der Eröffnung der Banken im Sommer 1931 geschaffen wurde, und die nicht nur von Großbanken, sondern auch in höherem Maße von den Sparkassen beansprucht wurde, heute schon ein großer Teil der Kredite — es handelt sich um Hunderte von Millionen — zurückgezahlt ist.

Die Banken sind nunmehr gründlich von ihren Schäden befreit. Was verloren ist, ist abgeschrieben; für das, was noch gefährdet ist, sind Reserven und Sicherheiten geschaffen. Die Liquidität ist sichergestellt dadurch, daß das Reich, die Reichsbank und die Akzept- und Garantiefunktion teils direkt geholfen haben, teils, soweit dies noch erforderlich werden sollte, zur Mithilfe bereit sind. Das Stillhalteabkommen endlich beseitigt die Gefahren vor dem Auslande. Das verantwortliche Kapital, d. h. das Aktienkapital und die Reserven, die den Einlegern der Banken haften, sind wieder hergestellt. Danach sind alle Vorkehrungen getroffen, den Banken neue Leben, eine neue tragfähige Grundlag zu schaffen und sie als Instrument der deutschen Wirtschaft, die ohne ein geordnetes Bankwesen überhaupt nicht bestehen kann, zu erhalten.

Psychologische Faktoren sind in solchen Zusammenhängen von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit. Das englische Volk hat die Abkehr vom Golde mit vollem Recht als ein Warnungszeichen möglicher ungeheurer Gefahren erkannt und sich zunächst politisch und moralisch zusammengerafft, hat seinen Willen zur größtmöglichen politischen Konzentration durch die Wahlen unzweifelhaft befestigt und führt nun bis in die kleinsten Maßnahmen des täglichen Lebens hinein alles durch, wozu es Erleichterung und Konsolidierung erwarten kann. Der Glaube an den Wert und die Verlässlichkeit der eigenen Währung ist so tief eingewurzelt, daß jeder Gedanke an einen weiteren Dersall, oder umwertung des Pfundes von der breiten Masse glatt abgelehnt wird. Eine solche Entwidlung all als unmöglich und undenkbar, und aus psychologischen Einflüssen heraus treten die erwarteten Erscheinungen von Kapitalflucht im allgemeinen und von Flucht in wertbeständige Anlagen insbesondere nur ganz vereinzelt und in kaum nennenswertem Maße auf. Bei den ungeheuren Beträgen an festverzinslichen Pfundwerten aller Art, in denen heute englische Vermögen zum großen Teil angelegt sind, würde eine panikähnliche Flucht aus diesen Werten Folgen zeitigen, die man gar nicht ausdenken kann.

Kann nur britische Waren", leuchtet einem von jeder Pfundfäule und aus jedem Ladenfenster entgegen; Ausländern sind „unpatriotisch“ nur deswegen auch bei der guten Gesellschaft verfehmt. In Paris und an der Riviera sehen die bisher auf englische Kundenschaft eingestellten Händler gänzlich leer; dafür ist London lebhafter als sonst oft im Winter, und die verschiedenen Stätten in England, die sich eines halbwegs erträglichen Klimas erfreuen, haben mehr Zutpruch als sonst.

Ein weiteres Ergebnis dieser Einstellung ist, daß die inländische Kaufkraft des Pfundes gleichgeblieben ist; im Gegenteil ist in den meisten Fällen mehr als in früheren Jahren noch ganz bedeutende Ermäßigungen auf die ursprünglichen Goldpreispreise gewährt. Würde der Zustand in dem Reiz der Welt normal, würde England gezwungen sein, sowohl seine Labrangsmittel als seine Rohstoffe auf Basis der Goldparität zu kaufen. So müßten die Kassen jedes einzelnen Artfelles langsam aber sicher leeren und damit die Kassen der gesamten Lebenshaltung; und nach wenigen Monaten würde der Austauschvorgang des relativ unvertreten Geldes durch diese

parallelen Preissteigerungen weitgehend, wenn nicht gar ins Gegenteil verkehrt werden. So aber ist, solange die Krise dauert, die Lage besser, der Rohstoff absetzen muß, so eben, die Zahl der Käufer mit entwerteter Valuta so groß, daß man den gefälligten und immer aufnahmefähigen englischen Kunden in Gottes Namen in Papierpfunden bedient, als wären es noch die alten Goldpfunde. Nur in ganz wenigen Zirkeln, z. B. in Motorzügen, wirkt sich die Tendenz, nur in Gold zu verkaufen, in nicht unerheblichen Steigerungen auf dem Inlandmarkt aus.

Die nationalen Wahlen haben ein Kabinett geschaffen, das man hier sehr ungern ein Koalitionskabinett nennen hört. In der Spitze leitet der ehemalige Führer der Arbeiterpartei, nach deutlichen Analogien also ein Sozialdemokrat. Die Konfessionisten haben eine starke Majorität, die bisher nicht gehindert hat, daß liberale Freihändler sehr wichtige Ministerien innehaben. Die Konfessionelle Partei fehlt schon sehr lange aus dem Zentrum des Schattens. Das gänzlich unvorhergesehene und unprogrammatische Abgehen von der Goldbasis hat, wie oben bereits, England einen praktischen Schutzgoll von ungefähr 25 v. H. gesetzt, in den Schoß geworfen. Außerdem haben drastische, als zeitweilig bezeichnende Maßnahmen weitere hohe Zollmauern um die britischen Inseln errichtet. Man muß annehmen, daß die freihändlerlich gesinnten Minister mit der „Zeitweiligkeit“ dieser Maßnahmen ihr Gewissen beruhigt haben.

Der starken Konfessionisten Majorität, die sich sagte: jetzt oder nie sei es Zeit, den langgepredigten Schutzgoll zu vernünftigen, zögerte Ramsay MacDonald schon viel zu lange. Nun hat die Notwendigkeit, die Finanzen der Nation in Ordnung zu bringen, entzweiigende Maßregeln und entzweiigende Stellungnahmen erzwungen. Um freihändlerische Begehren zu schonen, geben sich die Maßnahmen zunächst als Finanzgoll, über das noch niemand und zufällige Eide heftiger Streit entbrannt ist. Es scheint, daß 10—15 v. H. Finanzgoll auf der ganzen Linie als notwendig erachtet werden, um nicht nur das Gleichgewicht des Haushalts herzustellen, sondern um die sehr drückende Einkommensteuer wenigstens um etwa 40 Pfennig im Pfund zu senken. Die freihändlerischen Kabinettsmitglieder konnten sich aber nicht entschließen, für die Maßregeln zu stimmen. Man entschied sich für eine Lösung, die selbst in der an Anpassungen reichenden englischen Geschichte ziemlich voreinzeln dasteht. Die freihändlerischen Minister beschloßen, weiter im Kabinett zu bleiben, mit dessen allgemeiner Politik sie einverstanden sind, schieden aber ausdrücklich das Recht auszusprechen, sowohl in der Öffentlichkeit gegen den Finanzgoll zu agitieren, als bei Abhimmungen dagegen zu stimmen. Dieses Kurikulum der inneren Politik verheißt natürlich nur schlecht die zugrunde liegende Tatsache, daß eben im Kabinett verschiedene, kaum auf die Dauer zu vereinbarende Strömungen sich geltend machen, daß wohl der Schwung der ersten Begeisterung alle Gegensätze überbrücken konnte, daß aber jede weitere praktische Arbeit, besonders auf dem Gebiet der Zölle und Finanzen, die festliegenden Abweichungen der Anschauungen nur scharfer hervorheben lassen werden.

Es kann nicht fehlen, daß der bisher glimpfliche Ausgang des englischen Experiments, mit seiner unfundierten Währung, in

Deutschland denen neue Argumente liefert, die auf den verächtlichen und verdecktesten Umständen Abkehrung von der Goldbasis und Erhaltung des Wertes der Mark prägen, in der Hoffnung, das erdrückende und atemraubende Schuldengebäude auf tragbarere Proportionen herabzumindern. Diefen gefährlichen Tendenzen muß entgegengehalten werden, daß die Lage der beiden Länder eine grundverschiedene ist. England beifit noch heute, als Ergebnis jahrundertelanger Kapitalanhäufung und Sparrigkeit, ausläufige Guthaben im Betrage von ungefähr 80 Milliarden M. Dies, das meiste davon ist zur Zeit durch die Depreffion eingeflossen, wird ein sehr wesentlicher Teil dieser „Forderungen“ früher oder später wieder verfügbar werden, um dann zur Wiederherstellung des wirtschaftlichen und budgetären Gleichgewichts im Mutterlande Verwendung zu finden. Die Selbstigkeit, mit der die Bank von England sich ohne Störung und ohne Goldverluste die 600 Millionen M. Valuten zur Rückzahlung der kurzfristigen Vorhülfe an Amerika und Frankreich beschafft, ist ein weiterer Beweis für die Elastizität des englischen Marktes.

Grundverschieden ist eben auch das Verhalten jedes einzelnen und der Nation als ganzes zu den Valutastragen. Patriotische Einstellung und Intenstanz der Gefühle haben die geschichtlichen Wirkungen hervorgerufen. Das durch die furchtbaren Torturen der Inflation gewigte deutsche Volk würde bei neuen drohenden Valutaverlusteln selbst das Unmögliche versuchen, um neuer Vermögensverrichtung zu entgehen. Wir würden also die Tragödie der Inflation und Wertvernichtung, die Jahre gedauert hat, diesmal im Laufe weniger Monate sich abrollen sehen. Zudem liegt der bisherige Verlauf des englischen Versuches feinere Klänge darauf zu, wie sich die Dinge weiter entwickeln werden. Eine Besserung der Weltkonjunktur und ein Anziehen der Rohstoffmärkte würde billige Veränderungen bringen. Die großen „Rizierten“ Neusehens Englands bilden auf alle Fälle einen Rückhalt, falls der Versuch mit dem Papiergeld sich als zu gefährlich erweisen sollte. Deutschland mit seinen ungelassen Reparationsfragen, seiner bedeutenden kurzfristigen Verschuldung und dem zeitweiligen völligen Mangel rasch liquidierbarer Werte würde den Gefahren einer neuen Markverschiebung ohne jeden Rückhalt und ohne jede Reserve gegenüberliegen.

Die entzweiigende Abkehr Englands vom Freihandel, die durch den Pfundkurs eingeleitet, durch die großen Konfessionisten Wahlerfolge unermesslich anmerken ist, bedeutet in der Wirtschaftsgeschichte einer Wendepunkt, dessen Tragweite man nicht überschätzen kann. So sehr auch Bankiers, Volkswirtschaftler und alle Menschen, die weitersehen, ihre Stimme gegen die Gefahren der immer höher sich aufstreichenden Zollmauern erheben, vorläufig kann man kaum etwas anderes voraussehen als weitere Steigerung der Übel und weitere Jagd nach der fata Morgana der Zurückkehr. Auch Deutschland wird sich dieser allgemeinen, unüberbrücklichen Strömung nicht entziehen können und seinen heimischen Markt nach und nach als bisher gegen den Einbruch von Gütern schlißen müssen. Die durch Währungsveränderung des Auslandes oder abnormale politische Verhältnisse zu Preisen hereinengeworfen werden, die fairen Wettbewerbs unmöglich machen.

Staat und Minderheiten

Von Ministerialrat Dr. Nathanael, Berlin¹⁾

In Europa leben etwa 43 Millionen Menschen, die einem anderen Volkstum angehören als dem, in dessen Mitte sie leben; sie bilden der Nationalität nach, in folgender Weise, die Minderheit; z. B. die Deutschen in Polen, der Tschechoslowakei, Italien, Rumänien, Dänemark, oder die Polen, Dänen, Estländer in Deutschland usw. Die Grenzen des Staates decken sich nicht mit denen der Nation oder des Volkstums. Der Grund dieser Erscheinung gibt es verschiedene: Zumwanderung, Umsiedlung, Eroberung, Zerstückelung eines Staates durch Grenzziehung usw.

Die nationale Minderheit unterscheidet sich vom Staatsvolk durch Abhängigkeit, Sprache, Sitten, Gebräuche, Überlieferungen und Eigenheiten sowie den unbeweglichen Willen, dieses ihr eigenartiges Volkstum auch im fremden Staatsverbande zu bewahren und zu pflegen, und als vollig geeinte Gemeinschaft in ihm fortzubestehen. Die Minderheitsangehörigen sind Staatsangehörige des Staates in dessen Grenzen sie leben; sie haben im Verhältnis zum Staat die Rechte und Pflichten aller anderen Staatsangehörigen. Sie sind nicht fremde oder Ausländer, sondern Inländer, und stellen im Vergleich zum Staatsvolk an sich durchaus kein minderwertiges Element dar.

Staaten dagegen, die bei sich Minderheitsangehörige beherbergen, erblicken in ihnen häufig Fremdkörper; sie beschützen nur zu oft, die Minderheiten entgegen — bewußt oder unbewußt — durch die Verfolgung ihrer Ziele die Einheitlichkeit des Staatsganzen untergraben, die Führung des Staates erschweren und damit eine Gefahr für seinen Bestand bedeuten. Häufig lehnt ein

Staat, rücksichtslos und kurzfristig, Minderheiten ab; mit ausgefägten Mitteln saugt er sie auf, unterdrückt und vertreibt er sie, sucht jedenfalls sich von ihnen zu befreien, um auf dem Gebiet des Volkstums, der Volkheit, selbst ein geschlossener, d. h. ein Nationalvolk zu werden. Nationalitätenstaaten gelten wegen der Zerstückelungsgefahr als besonders gefährdet. Zumal die neuen Staaten, die ihr Dasein der Welt durch Friedensschlüsse zu verdanken haben, und gerade deshalb in ihrer Grenzen große Massen fremder Volkstums bis zu 40 v. H. beherbergen, wetteifern darin, sich zu Nationalitäten zu umbilden, d. h. zu Staaten, die nur Angehörige eines Volkes (mitunter sogar diese sämtlich) umfassen sollen. Dieses Streben, fremdes Volkstum wieder auszuschließen oder zu ertöten, ist eine Quelle ständiger europäischer Zerrüttung. Es muß zwangsläufig eine Irrenden zünden, und in der Tat die Grundlagen des Staates selbst untergraben. Jeder Staat, der nationale Minderheiten in größerer Zahl in sich schließt, hat deshalb zu entscheiden, ob er sich zum Nationalstaat entwickeln und den Preis der Vernichtung seiner Minderheiten zahlen, oder ob er im Interesse seines eigenen Wohls und des europäischen Friedens sich mit seinen Minderheiten abfinden und auf seinen Charakter als Nationalstaat verzichten will. Graf Staaf drückt diese Gedanken so aus: „Wenn ein Staat größere Gebiete von fremdkämmigen innerhalb seiner Grenzen hat, so gibt es nur eine Politik, die das Entstehen einer Atmosphäre von Widerstand und Zuleistung erschwert, wenn nicht unmöglich macht. Es ist dies eine Politik der Duldung, der weitreichenden Freiheiten — und wenn die Gewährung von Selbständigkeit nicht durchführbar ist — der Gleichberechtigung.“

¹⁾ Nach einem in der Rundschau Berlin gehaltenen Vortrag.

Wir stehen hier vor einem Problem, dessen Tragweite allgemein noch immer nicht genügend erkannt ist; von seiner Lösung bleibt aber die Frage der Sicherheit Europas abhängig, solange es noch Einzelstaaten geben wird, deren Grenzen Minderheiten beachtlicher Stärke umschließen. Je schärfer der Gegensatz zwischen Nation (Dolfsheit) und Staat herortritt, desto stärker drängt das Problem zur Entscheidung. Deutschland hatte sich sofort nach Kriegsende gegenüber einer Politik der Duldung durch die 111 neu freigelegten Räume hin in Ausübung eines 2. Verfassungsgrundgesetzes seine bekannten Minderheitenschutzordnungen erlassen und stets und ausnahmslos in seiner Veremaltung den Grundfah vollster Gleichwärdigkeit der Minderheiten zur Anwendung gebracht. Das Reich hat, seit seinem Eintritt in den Dölkverbund, in Gensf die Verteidigung der Rechte der Minderheiten auf seine Fahne geschrieben. Die Widersätze, die es auf diesem Gebiet in Gensf gefunden hat und findet, sind bekannt. Sie sind zum Teil darauf zurückzuführen, daß die neu gegründeten und vergrößerten Staaten des Ostens, nämlich Polen, Tschoslofowakei, Rumänien, Jugoslawien und Griechenland in bestimmten Zügen, Litern und die Elzeiten in den Friedensverträgen bei ihrer Neu- bzw. Umbildung im Jahre 1919 völkerechtliche Bindungen auferlegt worden sind, die Rechte der „politischen, sprachlichen und religiösen“ Minderheiten zu wahren und zu schützen. Einige dieser Staaten erklären — in Veremung der in Betracht kommenden Probleme und wohl auch der politischen Kräfte — in diesen ihnen auferlegten Verträgen eine Schmälerung ihrer Souveränität, und streben deshalb — wie Polen dies schon öfters erklärt hat — danach, sich von ihnen zu befreien, mindestens aber zu erreichen, daß Deutschland in gleicher Weise international gebunden werde. Diese Bestrebungen sind seitdem in der Praxis, so, wie sie, weil eben Deutschland-Preußen seine bei den Friedensverhandlungen abgegebene Zusage über die Behandlung seiner Minderheiten erfüllt und auf dem Gebiet des Minderheitensutzes anerkannt Vorbildliches geleistet hat, während Ähnliches wohl von unseren östlichen Nachbarn kaum behauptet werden kann. Es draudet hier nur an den Wahlterror in Oboerschliefen im November 1930, an die Entlegung des Doms in Wiga, an die drohende Schließung der deutschen Bürgerfchulen in Jugoslawien sowie daran erinnert zu werden, daß auch Estland heute Rücksicht auf fremdes Dolfsstum vermissen läßt. Die Frage von der „Schmälerung der Souveränität“ ist überhaupt schon deshalb künstlich, weil der ursprüngliche und wohl auch bis zum Kreise übliche Souveränitätsbegriff seitdem so starke Einschränkungen, z. B. schon durch die Gründung des Dölkverbundes, dann durch focarone, den Kriegszustandspakt und viele andere internationale Verträge erfahren hat, daß er in seiner früheren satromantischen Größe längst nicht mehr besteht.

So könnte es scheinen, als ob wenigstens die Staaten, die nicht internationale Verpflichtungen eingehen mußten, wie z. B. die nicht internationalen England, Frankreich, Italien, aber auch Spanien, Dänemark und andere, die sich im Bereich des eigenen Staats der Minderheiten behandeln wollen. Rechtlich trifft das zu; aber politisch sehen die Dinge doch wohl etwas anders aus: England hat in der Januar- und der Septemberberatung des Dölkverbundrates 1931 ungeweiht und nachdrücklich sich zu einem frühen Schutz der nationalen Minderheiten bekennt; die Republik Spanien hat dies im September getan, Dänemark hat die nach dem Erwerb Nordfrieslands zunächst angebotene Auflassungspolitik im Laufe der Jahre fast aufgehoben. Nur Frankreich und auch Italien verhalten in wärdiger Ablehnung. Aber gerade hier entzieht eine neue Frage, nämlich die, ob sich die sogenannten „alten“ Staaten der Frage der Minderheiten einstellen werden. Es geht um die den Menschen in allen seinen Lebensbeziehungen mehr oder minder als Ganzes erfasst und ihr ausschließlich in seinen Dienst stellt. Ein Staat, der jede, von der offiziellen abweichende Meinungs- und Lebensäußerung unterbindet, der vordröckelt und verlangt, daß innerhalb seines Territoriums das Individuum Handel und Wirtschaft nur zu seinen, des Staates, Gunsten treiben darf, in dem der Einzelne weder über seine Arbeitskraft, noch über sein Arbeitsprodukt frei verfügen kann — der dem einzelnen nur die Bildung, die Kultur- und Kunstpflege offen läßt, die er freilich, ein Staat, der das Nachdenken, Kleben, das Wohlwollen des einzelnen bestimmt, der durch das Maß und den Umfang festsetzt, in dem der einzelne an Kulturaktiven aller Art teilhat, ein Staat endlich, der nur ein von ihm gebildetes Gemeinshaftsgliedern oberemt —, ein solcher Staat kann naturgemäß den nationalen Minderheiten keinen Raum zur Pflege ihres Dolfsstums lassen.

Auf der anderen Seite stehen Verfehrungen einzelner Dolfsgruppen, gerade hierin vom Staate freigestellt zu bleiben; sie gehen davon aus, daß der heutige Staat — genau entgegengesetzt dem „alten Staat“ — seine ihm völkersfremden Angehörigen nur insoweit erfassen kann und soll, als es zur Erreichung seiner eigenen Ziele notwendig ist; soweit dagegen eine nationale Dolfsgruppe ihr Dolfsstum zu pflegen und entwickeln gewillt ist, soll dies der Staat — dann körperschaftlich zusammengefaßt — Gruppe überlassen und freistellen und sich jedes Eingriffs in die Durchführung dieses Rechtes, wenn auch nicht jeder Aufsicht, enthalten, vorausgesetzt, daß die Minderheit sich einer durchaus loyalen Zusammen-

arbeit mit der Mehrheit befähigt. Man spricht hier von der sogenannten „kulturellen Autonomie“ und hofft, daß sie ein reibungsloses Verhältnis zwischen Mehrheit und Minderheit fördern werde. In der Tat hat sich die kulturelle Selbstverwaltung, wie sie zuerst in Estland durch Gesetz vom 5. Februar 1925 eingeführt ist, durchaus bewährt. Ihrer allgemeinen Einführung stehen jedoch schwere Bedenken entgegen; einmal das, daß sie große Anforderungen an die wirtschaftliche Kraft der Minderheit stellt, die ihre Qualifikation, ihre kulturellen Bedürfnisse, insbesondere aber den Gehalt der Schule, sowie die soziale Klasse für ihre Angehörigen aus eigenen Mitteln befreiben muß — der Grund, weshalb die wirtschaftlich schwächere polnische Minderheit in Preußen die kulturelle Selbstverwaltung nachdrücklich ablehnt hat. Sodann aber auch, daß naturgemäß die dann körperschaftliche Zusammenfassung der Minderheit die Schaffung eines Nationalregimes bedingt, dessen Befahren in minderheitsfeindlichen Staaten nur allzu groß sind. Endlich wird die Selbstverwaltung der weitläufiger und zerstreuter Siedlung außerordentliche Schwierigkeiten und Kosten verursachen. Sie wird also in größeren Staaten und bei nicht majoret siedelnden Minderheiten kaum zu verwirklichen sein.

Nach alledem erscheint am sichersten und zweckmäßigsten die Regelung, die in Reich und Preußen für die nationalen Minderheiten besteht und ihren Niederschlag in den schon erwähnten Ordnungen über das Minderheitensulwesen vom 31. Dezember 1928 gefunden hat. Diefenige zur Regelung des Schulwesens für die polnische Minderheit hat es der polnischen Minderheit ermöglicht, längs der Ostgrenze sich ein umfangreiches Schulwesen aufzubauen. Auf Einzelheiten kann hier ebenförmig näher eingegangen werden, weil auf die angegebenen Rechte und Befugnisse, die der Minderheit für ihr Eigenleben in Rechtspflege, Verwaltung, Kirche und Schule, Sprache und Dolfsleid, Wirtschaft, Sozialpflege usw. eingeräumt sind, Ausnahmlos geltend und streng beachteter Grundfah ist der, daß die Minderheit wegen dieser ihrer Eigenschaft nicht schlechter gestellt werden darf als die Mehrheit; sie ist — als Teil der Gesamtbevölkerung — der Mehrheit gleichzubehalten, ohne Anspruch auf Bevorzugung erheben zu können. Voraussetzung ist allerdings, daß die Minderheit sich loyal in den Gesamtkörper des Staates einordnet. Mißbräuchen und Auswüchsen der Minderheitsrechte muß und darf der Staat mit Nachdruck entgegenzutreten; das Aufkommen eines Terdentums draudet er ebenförmig zu dulden, wie die Verletzung und Aufpeißung der Keidenfchäden durch eine irreglementierte Minderheitenpresse.

— Fraglich kann sonach nur sein und Schwierigkeiten entstehen darüber, wie die Zugehörigkeit zur Minderheit festgestellt werden soll. Dort, wo ein Staat objektive Merkmale in der Person des einzelnen Staatsbürgers nachgehend sein läßt, ist der Willkür staatlicher Behörden Tür und Tor geöffnet. Insbesondere müssen Rasse, Religion und Sprache als solche Merkmale ausfinden; die Sprache schon deshalb, weil das Aufkommen zu großen Hochsprachen im Wandel, sondern auch, wenn der Mutter- oder Familienfprache der Sprache, in der jemand denkt und der, in der er sich auszudrücken gewöhnt ist, zu unterscheiden ist; hauptsächlich aber deshalb, weil die Dolfsprache mit dem nationalen Bekenntnis nicht immer zusammenfällt; fennen wir doch alle die sogenannten Heimdeutschen in Nordfriesland, die wohl dänisches Dialekt sprechen, ihr deutliches Dolfsstum aber mit ganzer Kraft begen und pflegen. — Zu gerechten Ergebnissen kann deshalb nur eine Theorie und Praxis führen, die in das Schlagwort zusammengefaßt wird: „Minderheit ist, wer will.“ Das will beagen, daß lediglich das freie und unbefristete Zutrittsrecht des einzelnen, der sich dem Staat angeschlossen hat, maßgebend sein darf. Diefes Bekenntnis darf weder nachgeprüft noch angefochten werden. Diefes Prinzip entspricht dem freien Selbstbestimmungsrecht, wie es im Verfehr der Dölkler bei Kriegszugang festgelegt werden sollte. Es ist aber auch auf dem Gebiet des Minderheitensutzes bereits international und nationales Recht geworden: international durch das sogenannte Genfer Abkommen über Oberfriesen vom 12. Mai 1922 und binnenstaatliches Recht bei uns durch die mehrgenannte preussische Schulordnung vom 31. Dezember 1928. Selbstredend kann auch dieser Grundfah auf abweichend geführt werden und hat auch in dieser Hinsicht der Vertrittsprüch des höchsten internationalen Gerichts, der Haager oder gebildet. Aber er allein gibt der Minderheit die Kraft, aus sich selbst heraus im brandenden Meer fremden Dolfsstums die eigene völkliche Eigenheit zu bewahren.

So gesehen, verliert die Anerkennung einer Minderheit durch den Staat — die immer stärker in das Bewußtsein der Dölkler sich einprägt — an Gefahren. Im Gegenteil: Ein Staat, der seine Minderheiten fchützt, beweist damit nur seine innere Schwäche, gleich einem Staate, der nicht in der Lage ist, einer von den Minderheiten getriebenen Terdentia Heer zu werden. Die der Große Kurfürst, die Neufursten und Friedrich Wilhelm I. die vertriebenen Salzbürger in ihr Land riefen, damit sie beim Zutritt des Staates helfen, so muß auch heute die Welt erkennen, daß Staat und Minderheit sich gegenseitig ergänzen und befruchten können, und daß ein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen ihnen nur zu dauerndem Unfrieden führen muß.

Neue Abrüstungsliteratur

Abrüstung und Sicherheit / Frankreichs Rüstung / Deutsch-französische Nachfaktoren

K. Schwendemann, **Abrüstung und Sicherheit**. Handbuch der Sicherheitsfrage. Leipzig 1952. Historisch-Politischer Verlag Rudolf Hoffetter. 550 S.

Max Graf Montgelas, **Frankreichs Rüstung**. Leipzig 1952. Historisch-Politischer Verlag Rudolf Hoffetter. 58 S.

Hans Rohde, **Deutsch-französische Nachfaktoren** (Potentiels du Guerre¹). Ein vergleichender Beitrag zur Abrüstungsfrage. Berlin 1952. Verlag der Berliner Börsen-Zeitung. 104 S.

Die Abrüstungskonferenz hat das Verdienst, eine ausgezeichnete deutsche Abrüstungsliteratur hervorgerufen zu haben, ein Schrifttum, das den Abrüstungs- und Sicherheitsproblemen auf den Grund geht, aber dabei noch etwas Höheres leistet: Da Frankreich sich unter Berufung auf seine bedrohte Sicherheit als Hauptgegner einer entscheidenden Abrüstung erweisen hat und da mit der französisch beherrschten Macht in erster Linie Deutschland gemeint ist, wird die Gesamtsituation Frankreichs und Deutschlands aufgerollt und miteinander verglichen. Dies führt, da zudem noch die Lage anderer Länder herangezogen wird, zu neuen weltpolitischen Aspekten, zur Vertiefung weltpolitischer Einsichten.

Dan diesem Gesichtspunkt sind Schriften wie die des Grafen Montgelas und die des Major Rohde über den Tag hinaus bedeutend. In dem Montgelas Frankreichs Rüstung untersucht, ergeben sich interessante Folgerungen für die energiereichsten Mittel des Landes. Es war schon immer richtig, die Franzosen ein bedächtiges oder gar ein furchendes Volk zu nennen, heute aber jetzt solche Phrasen weniger als jemals. Montgelas macht darauf aufmerksam, daß seit 1926 die Einwohnerzahl Frankreichs um mehr als eine Million gestiegen ist, darunter 700 000 Franzosen; man halte dagegen die katastrophale deutsche Geburtenziffer, die heute schon unter der Frankreichs liegt und die bei der Trübseligkeit der deutschen Wirtschaftszustände immer weiter, und zwar in eufemem Tempo, abnimmt. Mit Recht erklärt Rohde, daß man bei der starken Heranziehung der französischen Kolonialbevölkerung zum Beschäftigen Frankreich weitestgehend als eine Nation von hundert Millionen betrachten müsse. Interessant ist hierbei seine Feststellung, daß noch dem 19. Jährling in Frankreich untergebrachten farbigen Divisionen allein drei, die beiden nordafrikanischen und die eine der beiden Senegaldivisionen, in unmittelbarer Nähe der deutschen und italienischen Grenze liegen. Dazu die französischen Verbände in Polen, gehört mit einer Geburtenziffer von über 52 auf den Caucasi im Jahre 1950 zu den geburtenreichsten Ländern nicht nur Europas, sondern der ganzen der Weissen besiedelten Welt. Noch wichtiger ist die Tatsache — Rohde hebt dies eindringlich hervor — daß alles, was in Deutschland nach dem Kriege das verheißene Mittel der Abrüstung abgibt, ist und alles, was bei Kriegsende noch ausgebildet und kriegsbrauchbar war, heute entweder überaltert ist oder angesichts des sinkens eines militärischen Referenverhältnisses für den Kriegsdienst nicht in Frage kommt. Den Wehrverbänden ist nur der Wert einer physischen Eignung, nicht jedoch militärischer Wert beizumessen. In Frankreich dagegen ist neuerdings zum aktiven Heer und zu den Reserven noch die spezifisch militärische Jugendausbildung hinzugekommen.

Das betreffende Heer ist zwar, wie Montgelas erwähnt, noch nicht zum Senats gelangt, man verfährt jedoch großenteils schon gemäß und ungefähr in die gleiche Zeit der Wehrpflichtigen sind bereits von dieser in drei Stufen erfolgenden Ausbildung erfolgt. Sie gerät zur französischen Heeresreform nach dem Kriege, die Montgelas ausführlich darstellt. An den Übergang zur einjährigen Dienstzeit — 1. November 1950 — hatte der französische Generalstab eine Vielzahl schwerwiegender Bedingungen geknüpft; sie sind so gut wie ganz durchgeführt worden. Damit wird trotz anscheinender Befristung der Rüstungen die gesamte Volkswirtschaft zur Landesverteidigung herangezogen, und zwar in höherem Maße als früher. Dies gilt auch für die farbigen Truppen. Die weichen Kapitalisten sind von 75 000 auf mindestens 100 000 gebracht worden, die militärischen Verbände von 27 000 auf 42 000. Nimmt man nun die Offiziere (so haben 4000 deutsche Offiziere gegen 52 000 französische, die noch ergänzt werden durch 110 000 Reserveoffiziere, von denen eine große Zahl längere Zeit aktiven Dienst geleistet haben und von denen viele Kriegserfahrung besitzen).

Bei Montgelas klingt der Begriff des potentiell die guerre häufig an; ohne daß er viel darüber spricht, entpringt seinen Darlegungen das Ergebnis, daß man dem aktuellen Rüstungsstand der Franzosen an Frankreichsmöglichkeiten — so wird man potentiell die guerre an besten überlegen kann etwas entgegenzusetzen haben. Rohde rät die deutsche Kriegsmöglichkeiten in das Genue mit seinem Buches; auf diese Weise erhalten wir die erste Monographie über das potentiell die guerre. Daneben spricht Rohde von einem potentiell die paix und versteht darunter diejenige Kriegskraft, die tatsächlich im Frieden bereits den Krieg vorbereitet und dementsprechend für

die Kriegsführung sofort greifbar ist. Das aber scheint mir eben die aktuellste oder stärkste Rüstung zu sein, während unter potentiell die paix verstehen möchte die Friedensmöglichkeit oder sogar Friedensnotwendigkeit, die bei einem entspannten Deutschland einem schwer bemessenen Frankreich gegenüber von vornherein vorhanden ist. Deutschland kann gar nicht anders als friedlich sein; gerade aus den Erörterungen Rohdes tritt das klar hervor. Er betrachtet die geographische Lage und die Grenzen von Deutschland und Frankreich, ihre Größe, ihre Gestalt und ihre Bodenstruktur, er vergleicht ihre Wirtschaft und ihren Verkehr, und schon hieraus, ganz abgesehen also von der Wehrkraft, ergibt sich die große Überlegenheit Frankreichs. Dabei bin ich nicht in allen Punkten einverstanden, so etwa, wenn Rohde aus geographischen Gründen, aus dem Charakter Frankreichs als Randstaat, seine besondere Bündnisfähigkeit ableitet — an sich haben Mittelstaaten größere Bündnismöglichkeiten als Randstaaten (vgl. mein Buch „Staat und Raum“, S. 80) — oder wenn er wenig glückliche Ausführungen über den französischen Volksharakter macht; auch seine Darlegungen über den staatspolitischen Charakter Frankreichs greifen wohl nicht tief genug. Im ganzen und großen aber darf man bestimmen: die These, daß keinerlei potentiell die guerre dem heutigen Deutschland liegt, hat Rohde ausgezeichnet bewiesen. Seine Argumentation wird dabei durch die beigefügten mehr als 40 Karten und Lagekarten. In der Schrift von Montgelas bilden die Karten — neben anschaulichen Tabellen über Gliederung und Verteilung des französischen Heeres und der französischen Luftmacht im Frieden — eine Beilage, aus der Schrift Rohdes sind sie nicht wegzudenken. Besonders gelungen die Karte der strategischen Eisenbahnbauten Frankreichs und Belgiens an der deutschen Grenze — man erfährt, daß 55 v. H. des französischen Eisenbahnnetzes zwei- und mehrgleisige Strecken sind, dagegen nur 40 v. H. des deutschen — und die Karte der militärischen Ausrichtungen des französischen Bündnisystems gegenüber Deutschland.

Es ist ratam für einen Deutschen, sich in der Abrüstungsfrage mit Montgelas und Rohde auszurufen, schließlich unentbehrliches Rüstzeug aber ist das Buch von Schwendemann. Mit gut hat der Verfasser es als Handbuch der Sicherheitsfrage bezeichnet; einleuchtend und mit Heranziehung alles notwendigen Materials stellt es dar, daß recht eigentlich für Deutschland Abrüstungs- und Sicherheitsfrage nicht zu trennen sind. Nicht Frankreich, sondern Deutschland, das völlig abgerüstete, militärisch ohnmächtige Land, hat in mitten einer bis an die Zähne bemessenen Welt Sicherheit und damit Abrüstung zu verlangen. So wird nach den treffenden Worten Schwendemanns die Frage des Rüstungsausgleiches, der Beibehaltung der Einstufigkeit der deutschen Entwaffnung mehr als alles andere die Kernfrage der deutschen Zukunft. Wer sich über den Weg des Abrüstungs- und Sicherheitsgedankens von 1919 bis 1952 unterrichten will und wer die hauptsächlichen Dokumente sucht, die auf diesem Wege liegen, angefangen vom Genfer Protokoll bis zum Konventionstext und zum Abkommen vom September 1951 über die Weiterentwicklung der Kriegserhaltungsmittel, den wird dies Handbuch nirgends im Stich lassen. Dazu ein gutes Register, ein gefälliges Format und ein herrlich festlicher Band — ich wüßte nicht, was man auch der erbitterte Gelehrte Deutschlands dies Buch künftig als Dabemetum in seiner Tasche tragen würde.

Wolf Grabowky.

f. W. von Oerjen, „Das ist die Abrüstung“. Gerhard Stalling, Oldenburg. 260 S.

Das Buch Oerjens gibt in einem sehr flüssigen Stil eine Geschichte der bisherigen Verhandlungen über die allgemeine Abrüstung und damit all der Vermutungen und Intrigen, um die allgemeine Abrüstung zu verbinden. Es schildert ferner die heutige Rüstungslage, die Ungeheuerlichkeit der Rüstungsüberschüsse zwischen uns und der britischen Welt und die Gefahren, die sich für uns daraus ergeben. Kein Wunder, daß der Verfasser, nachdem er die jahrelange Gelehrte Abrüstungsabotage gekennzeichnet hat, hinsichtlich der Erfolgsaussichten der allgemeinen Abrüstungskonferenz mehr als skeptisch ist, daß er sich von dieser Konferenz kaum etwas zu versprechen wagt. So sehr man alles, was er sonst über die Abrüstungsfrage und, wie man sagen muß, mit sehr genauer Kenntnis des gesamten einschlägigen Materials schreibt, unterschreiben kann, so ungern wird man ihm in seinen Schlussfolgerungen, die er zieht, folgen wollen. Die allgemeine Abrüstungskonferenz darf eben einfach nicht mit einem 10 fränzigen Überfließen enden wie die fünfjährige Arbeit der vorbereitenden Abrüstungskommission in Genf. Das Buch von Oerjens ist jedenfalls allen jenen wärmstens empfohlen, die die für Deutschland lebenswichtige Frage der allgemeinen Abrüstung in spannenden Formulierungen kennenlernen wollen.

K. S.

Politische Chronik

Vom 12. bis 26. Februar

Zur Reichspräsidentenwahl:

Reichspräsident von Hindenburg erklärt in einer Kundgebung an das deutsche Volk seine Bereitschaft, zur Reichspräsidentenwahl zu kandidieren. Die Kundgebung schließt mit den Worten: „für mich gibt es nur ein wahrhaft nationales Ziel: Zusammenfluß des Volkes in seinem Ehrentempel, wo Hingabe jedes Deutschen in dem harten Ringen um die Erhaltung der Nation.“ (15. 2.) — Zugunsten der Wahl Hindenburgs erlassen eine Reihe von Parteien und Verbänden Erklärungen und Telegramme, darunter auch der Reichsfraktions „Kraftfahrer“. — Von den Deutschnationalen und dem Stahlhelm wird der 2. Vorsitzende des Stahlheims, Oberleutnant a. D. Duesberg, von den Nationalsozialisten Adolf Hitler zum Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl aufgestellt, nachdem zwischen diesen Gruppen eine Einigung über eine Sammelfandatur nicht erzielt werden konnte (25. 2.).

Ausland:

In Genf werden die Abrüstungsverhandlungen fortgesetzt. Die angefeindeten Abrüstungsvorschläge der deutschen Delegation werden am 16. Februar von Vosschauer Adolphy überreicht und vor der Abrüstungskonferenz begründet. Dabei wird Nachdruck auf die Feststellung gelegt, daß die deutsche Regierung nur eine solche Abmachung für annehmbar hält, deren Bestimmungen für sie in gleicher Weise gelten wie für die anderen Signatarmächte. — Staatssekretär von Bülow begründet vor dem Völkerbundsrat die deutsche Beschwerde wegen der litauischen Vertragsverletzung in Memel und fordert sofortiges Einschreiten des Rates; der norwegische Delegierte Colban wird zum Bericht aufgefordert (13. 2.). Nachdem im Völkerbundsrat eine Einigung nicht erzielt werden kann, ruft Deutschland die Signatarmächte des Memeltraktats an (20. 2.). — Im China-Konflikt richtet die zwölf Nantans einen Appell an Japan, in dem sie Japan zur Klärung ermahnen und an seine Verantwortung als Mitglied des Völkerbundes erinnern. — Gegen die Einberufung einer außerordentlichen Tagung der Völkerbundsversammlung erhebt der japanische Vertreter in Genf Einspruch (17. 2.) — Ein japanisches Ultimatum an China wird von China abgelehnt (19. 2.), darauf beginnen am 20. Februar wieder die Kämpfe um Schanghai. — Zwischen England und Frankreich kommt eine Einigung über den Termin der Tributkonferenz zustande. Die allgemeine Einigungsformel, der sich auch Deutschland anschließt, empfiehlt die Konferenz im Juni abzuhalten, und bezeichnet als Aufgabe dieser Konferenz: zu einer dauerhaften Regelung der in den Bälser Sachverständigenbericht aufgeworfenen Fragen zu kommen

(15. 2.). — In Frankreich wird die Regierung Kaulon vom Senat, in dem sie über eine Mehrheit verfügt, gestützt (16. 2.). — Mit der Neubildung der Regierung wird zuerst Dalmeid und nach ihm Cardin betraut, der eine Regierung zustande bringt, die sich auf die alte Parlamentarität stützt; Cardin selbst übernimmt das Ministerpräsidium und das Außenministeramt. — Bei den japanischen Parlamentswahlen erringt die Regierungspartei einen großen Sieg. — Im Eiserneinsitz mit den deutschen Mehrheitsparteien des Memelatlantens legt Präsident Böttcher sein Amt nieder (25. 2.). — Bei den irischen Parlamentswahlen wird die englandfreundliche Regierungspartei geschlagen.

Reich:

Nach längerer Pause tritt der Reichstag am 23. Februar wieder zusammen, auch die Deutschnationalen und Nationalsozialisten erscheinen wieder zu den Beratungen. Nach einleitenden Worten des Reichsinnenministers zur Präsidentenwahl beginnt die allgemeine Aussprache, in deren Verlauf es oft zu hitfermigen Auseinandersetzungen und Unterbrechung der Sitzung kommt. Reichsanzler Dr. Brüning erklärt zur Reparationsfrage, daß die deutsche Regierung an der Erklärung festhalte, die er dem Wollischen Telegraphenbilde gegeben habe, dann kommt er auf die Gründe zu sprechen, die ihn veranlassen, die Verlängerung der Amtszeit des Herrn Reichspräsidenten auf parlamentarischem Wege zu betreiben. Reichsanzler Dr. Brüning schließt mit einem harten Appell für Hindenburg (25. 2.). Das Mißtrauensvotum gegen die Regierung wird mit 288 gegen 264 Stimmen abgelehnt. — Durch Neuordnung werden die deutschen Banken saniert; der Reichspräsident erklärt dazu eine Verordnung, die dem Reich die Möglichkeit gibt, sich an Bankunternehmen zu beteiligen (22. 2.). — Reichsinnenminister Dr. Groomer richtet an die Vorstehenden aller im Reichstag vertretenen Parteien ein Schreiben, in dem er die Parteiführer auffordert, auf die parteipolitische Bearbeitung der wahlmündigen Jugend zu verzichten (13. 2.). — Der deutsche Ausfuhrüberschuß ist im Monat Januar auf 102 Millionen Mark zurückgegangen. — Die Zahl der Arbeitslosen ist in der ersten Februarhälfte um 85 000 auf 6 127 000 angestiegen. — Die Börse wird wieder eröffnet, eine amtliche Kursfestlegung findet aber nicht statt (25. 2.).

Länder und Gemeinben:

Im Preussischen Landtag wird einstimmig mit Ausnahme der Kommunisten ein Antrag angenommen, der gegen den litauischen Rechtsbruch im Memelland protestiert. — In Berlin und anderen Städten kommt es zu einem Bierstreik.

Zur Zeitgeschichte

Die deutschen Vorschläge auf der Abrüstungskonferenz in Genf

Die deutsche Delegation auf der Genfer Abrüstungskonferenz hat der Konferenz ein umfangreiches Dokument vorgelegt, das die deutschen Vorschläge zur Abrüstungsfrage enthält. Es zerfällt in ein einleitendes Memorandum und die Aufzählung der eigentlichen Vorschläge. Das einleitende Memorandum betont die Tatsache der deutschen Enttöpfung und verlangt, daß diese deutsche Enttöpfungsmittel für die allgemeine sein müßten, besonders auch deswegen, weil der Völkerbund nur aus gleichberechtigten Mitgliedern bestehen könne. Es wird ausdrücklich gesagt, daß Deutschland sich nur an einem Abrüstungsabkommen beteiligen könne, dessen Bestimmungen für Deutschland in gleicher Weise gelten wie für alle anderen Staaten.

Die deutschen Vorschläge ergeben sich von selbst aus dem Versaillesvertrag, dessen wichtigste Bestimmungen über die deutsche Enttöpfung in ihrem logischen Gedankenaufbau entwickelt sind, entsprechend dem von Deutschland in der Abrüstungsfrage konsistent und selbstverständlich vertretenen Grundatz, daß die anderen Staaten dieselben Bindungen übernehmen müssen, die Deutschland in Versailles auferlegt worden sind. Die deutschen Vorschläge lassen sich in zwei Kategorien gliedern, einmal in solche, die das Verbot der eigentlichen modernen Angriffswaffen, also der Luftwaffe und besonders des Bombenabwurfs aus der Luft, des chemischen Krieges, der schweren Artillerie, der Tanks, des Unterseebootes und der Kriegsschiffe über 10 000 t, betreffen, sodann diejenigen, die die Herstellung und Beschränkung der Rüstungsfaktoren angehen, die gestattet bleiben sollen, wie z. B. die Erfassung der ausgebildeten Re-

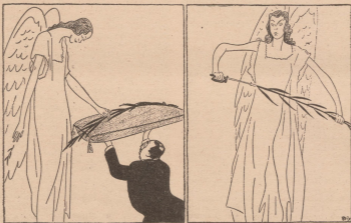
seren, des Kriegsmaterials des Landheeres, und zwar sowohl des in Dienst befindlichen wie des in Reserve befindlichen, des Verbot der allgemeinen Wehrpflicht oder mindestens der Beschränkung der ausgebildeten Reserve, das Verbot gewisser Besatzungsarten usw.

Die Form der deutschen Vorschläge ist absichtlich so gewählt, daß kein formalisierter Vertragstext und keine Ziffern gegeben werden, sondern daß nur die Aufstellung allgemeiner Richtlinien erfolgt. Es hätte nahegelegen, die vielen, bis ins einzelne gehenden und vielfach so schärfsten Bestimmungen des Versailles Vertrages einfach abzuzeichnen und in der Form einer allgemeinen Konvention auf den Tisch des Hauses zu legen. Das hätte aber sicher zur sofortigen Ablehnung geführt, da auch die Staaten mit der größten Zögerung zur Abrüstung die bis ins einzelne gehenden Bestimmungen des Versailles Vertrages nicht für sich zu übernehmen gewillt sind. Außerdem sind auf der Abrüstungskonferenz ja zahlreiche Mächte vertreten, die den Versailles Vertrag und damit die Einleitung zum Ersten Weltkrieg nicht unterzeichnen haben. Die allgemein gehaltene Form erzieht deshalb politisch ausrichtsweiser. Sie erfolgte mit dem schon erwähnten ausdrücklichen Vorbehalt, daß für die Abrüstung Deutschlands künftighin keine anderen Bestimmungen als die hier abzuzeichnende Konvention gelten dürfen. Deutschland hat sich durch die Dorgelege seiner Vorschläge ausdrücklich zum Dämpfer und Positiv der Abrüstung bekant. Die allgemeine Abrüstung muß sich in qualitativer und quantitativer Hinsicht nach der deutschen Abrüstung richten, und Deutschland kann und wird künftig nur Abrüstungsvorgaben anerkennen, die für alle in gleicher Weise gelten. Der Führer der deutschen Delegation, Botschafter Adolphy, hat in einer wohlabgewogenen Rede die Tragweite und den Inhalt der deutschen Vorschläge umschrieben. Die Prinzipien der deutschen Abrüstungspolitik in Genf sind damit für den

weiteren Verlauf der Konferenz klar gezogen. Die Konferenz wird hauptsächlich vor den zwei Fragen stehen, ob die deutsche Abklärung richtunggebend für die anderen Völker sein soll und ob die praktische Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung, wo immer die deutsche Abklärung nicht als richtunggebend von anderen angesehen wird, praktisch anerkannt wird. Der schärfste Widerspruch gegen eine politische Beantwortung dieser beiden Fragen ist von Frankreich und seinen Bundesgenossen zu erwarten. Nach dem Verlauf der Generaldebatte ist die Hoffnung nicht abwegig, daß die anderen Staaten mehr geneigt sein, dem deutschen Standpunkt Rechnung zu tragen. Auch andere Staaten haben Vor schläge eingebracht, und es ist sehr bemerkenswert, daß sie sich überwiegend in derselben Richtung bewegen wie die deutschen, nämlich in der Richtung des Verbotes der eigentlichen Angriffs- waffen oder eines Teiles derselben und einer wirklichen Herabsetzung der Rüstungen überhaupt. Frankreichs Chef: „Erlaubt Sicherheit dann Abklärung“, die auf eine Vertagung der Abklärung auf den St. Zimmerleins-Tag hinausläuft, hat in der mehrwöchentlichen Generaldebatte nur wenig Anklang gefunden. Es läßt sich bei weitem der Standpunkt, der auch der deutsche ist, daß die Abklärung an sich die Sicherheit und den Frieden zu fördern geeignet sei. Der Wille zu wirklichen Abklärungsmaßnahmen kann stark und vielseitig zum Ausdruck. Hoffentlich wird er sich gegen alle Widerstände durchsetzen.

Wie das neutrale Ausland über Zardieus Vorschlag denkt

Die nachstehende Karikatur erschien in der bälgarischen Zeitung „Vertigale Ebene“



Nein, was für ein schöner neuer Balkenweg aus Frankreich!

54 . . .

Stand der Reparationsfrage

Reichskanzler Dr. Brüning betonte in seinem bekanntem Interview vom 9. Januar, daß der Bericht der Kaiserlichen Sachverständigen die tatsächliche Zahlungsunfähigkeit Deutschlands zeige. Es liege klar zutage, daß Deutschland sagen ihm die Fortsetzung politischer Zahlungen unmöglich mache. Ebenso klar sei, daß jeder Versuch, das System solcher politischer Zahlungen aufrechtzuerhalten, nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt zum Unheil führen müsse. Bei diesem Stande der Dinge sei der Reichsregierung ein Spielraum für Überlegungen, welchen Stand sie einzunehmen habe, überhaupt nicht gegeben. In diesen Worten des Kanzlers lag ein klarer „Nein“, das ein heftiges Zittern im ganzen deutschen Volk auslöste und das vom Ausland in seiner ersten unabänderlichen Bedeutung verstanden wurde. Am 1. Januar geplante Kaufmanns Konferenz, zu die feste feierliche Feststellung den deutschen Luftstich bilden sollte, fand nicht statt. Ein mehrwöchiger Meinungsaustausch zwischen den beteiligten Regierungen setzte ein, der seinen Niederschlag am 13. Februar in einem gemeinsamen Kommuniqué gab. Hierin wurde festgehalten, daß die Regierungen Belgiens, Frankreichs, Deutschlands, Italiens, Japans und Großbritanniens dahin übereingekommen seien, den übrigen beteiligten Regierungen — gemeint sind u. a. Griechenland, Portugal, Jugoslawien — die Vertagung der Konferenz auf den 1. März zu empfehlen. Aufgabe der Konferenz werde sein, sich über eine dauerhafte Regelung der in dem Bericht der Kaiserlichen Sachverständigen aufgeworfenen Fragen und über die Methode zu verständigen, um die anderen wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten zu lösen, welche die gegenwärtige Wirtschaftskrise verursacht haben und sie verlangsamen könnten. Zu dieser Entscheidung ließe die oben erwähnten Regierungen in der Hoffnung gekommen, daß hierdurch die internationale Lage erleichtert wird.

Mit diesem Kommuniqué hat die Reichsregierung ihre Ziel der Erneuerung der Kaufmanns Konferenz erreicht, wenn ihr auch ein früherer Termin, den sie zusammen mit der englischen Regierung anschiebe, erwünscht gewesen wäre. Erwünschter aus dem Grunde, weil das Zutretten der Konferenz unmittelbar vor dem 1. Juli, dem Ende des jetzigen Jahres, die Möglichkeit in sich schließt, daß man sich am 1. Juli noch nicht über den zukünftigen Zustand geeinigt hat. Sollte das eintreten, so fällt die Verantwortung denen zu, die an der Verzögerung der Konferenz schuld sind.

Mit der im Kommuniqué ausgedrückten Einigung hat eine Periode der Auseinandersetzungen einen Abbruch gefunden, die hinter den Kulissen fortgedauert haben. Dieser Kampf hat sich hauptsächlich darum gedreht, ob in dieses Kommuniqué etwas kommen soll, was der späteren sachlichen Regelung vorgeht. Das ist jetzt vermieden worden. Aus diesem Grunde hat sich die Reichsregierung auch mit dieser Regelung einverstanden erklären können. Man hätte früher den Versuch gemacht, in das Kommuniqué eine Anspielung hineinzubringen, daß das Hoover-Memorandum veränderbar werden sollte. Der Grund, warum wir uns gegen diese Versuche besonders gewandt haben, ist der, daß mit der Verlängerung des Hoover-Memoratoriums das Eingehen einer neuen Nachzahlungsverpflichtung verbunden gewesen wäre. Nach dem jetzt laufenden Hoover-Memorandum sind die Beträge, die während dieses Jahres fällig gewesen wären, am 1. Juli 1933 nachzu zahlen. Eine Verlängerung des Hoover-Memoratoriums hätte bedeutet, daß auch die während des neuen Memoratoriums zurückgestellten Beträge am 1. Juli 1933 hätten nachgezahlt werden müssen, was aber in der jetzigen Situation nicht möglich ist. Wir haben es also abgelehnt, ein neues Zahlungsverprechen zu geben.

Der zweite Punkt, um den sich die Auseinandersetzungen hinter den Kulissen gedreht haben, war der, ob in irgendeiner deutlichen oder undeutlichen Anspielung das Weiterbestehen des Young-Planes erwähnt werden solle. Vom Young-Plan ist im Kommuniqué kein Wort enthalten, es heißt nur, das in dem Bericht der Kaiserlichen Sachverständigen aufgeworfenen Fragen „dauerhaft“ geregelt und die anderen wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten gelöst werden sollen. Von unserem Standpunkt aus ist die Situation so, daß beide Parteien, Gläubiger sowohl wie Schuldner, in die Konferenz eingehen, ohne daß irgendein Vorbehalt oder eine Zurückweisung oder auch nur eine Anspielung auf den in den oben erwähnten Reichskanzler-Interview klar zum Ausdruck gebrachten deutschen Standpunkt zu finden ist. Mit anderen Worten: auch die andere Seite geht in voller Kenntnis der deutschen Auffassung in die Konferenz.

Nach der französischen Krise

Die französische Politik ist nach dem Sturz des Kabinetts Caoul-Garlier durch die Bildung des Kabinetts Cardean-Kanal nach einwärtiger Krise wieder an ihren Ausgangspunkt zurückgekehrt. Der Versuch der linksgerichteten Hälfte des Senats, eine gewisse allgemeine Mißstimmung dieser politisch-parlamentarischen Körperschaft gegen Kanal zu einer Verschiebung der augenblicklichen unpopulären Machtverhältnisse auszunutzen, ist demnach gescheitert.

Man wird sich daran zu erinnern haben, daß die Krise, so plötzlich sie gekommen ist, doch in ihrem Kern länger zurückverfolgt werden kann. Die beherrschende Majorität der Regierung in der Kammer entspann nicht ihre Stellung in der — wenn auch gemäßig — linksgerichteten Senat. Wenn sich die Regierung in der Kammer leidet über die Mißstimmung der linksopposition hinwegsehen konnte, so war immerhin dem Senat gegenüber, wenn auch nur in der Form, eine gewisse Rücksicht am Platze, um die an sich schon vorhandenen oppositionellen Gefühle nicht wahrzunehmen. So haben neben anderen, an sich fast nebensächlich erscheinenden Momenten, schließlich die Meinungsverschiedenheiten über die von der Kammermehrheit gegen die Obstruktion der Linken beschlossene Wahlreform, die auf eine Stärkung der Herrschaft der Rechten hinauslaufen konnte, eine Verschärfung der noch vorhandenen Gegenläufige hervorgerufen, die infolge der nicht ganz psychologischen Behandlung dieses Streitfalles durch den Ministerpräsidenten vor dem Forum des Senats zu einer Mißtrauenserklärung und somit zum Sturz der Regierung Kanal geführt hat.

Gegenüber nun dieser Zwischenfall, um den bisherigen Regierungskurs zu verändern? Als gegebene Größen für die weitere Ent-

wicklung waren zu berücksichtigen: Die erwiesene Unmöglichkeit eines Kabinetts, der Wunsch des Präsidenten und des Senats nach Konzentration, die Interessengemeinschaft Kaual-Cardieu und die Abneigung der sozial-radikalen Partei, im letzten Augenblick vor den Wahlen einer Konzentration mit der Rechten beizutreten, in der sie selbst nicht das Innenministerium besetzten. Gerade dieser letzte Punkt war es aber, der auch für die andere Seite, die Regierungsmehrheit, von ausschlaggebender Bedeutung war. Die Bemühungen Painlevés, im Sinne der Senatswünsche ein Übergangsministerium zu schaffen, scheiterten insbesondere an dieser Personenfrage. Sie scheiterten eben daran, daß Cardieu-Kaual nicht daran dachten, ihre in der Kammer geübte beherrschende Stellung vor und während der Wahlen aufzugeben. Ohne ihre Mitarbeit war aber der Sturz Painlevés bei seinem ersten Auftreten vor der Kammer sicher.

Nachdem sich die Vermittlungspolitik gezeigt hatte, mit dem Mittel eines Übergangs- oder Versöhnungskabinetts über die Krise hinwegzukommen, kam nunmehr der Versuch in Frage, ein Ministerium durch einen Vertreter der bisherigen Kammermehrheit zu bilden, dessen Sache es war, irgendetwas die große Senatsmehrheit zu beschwichtigen. Da eine Wiederbetragung Kauals nach den künftigen Vorfällen im Senat schwerlich in Frage kam, war Cardieu der gegebene Mann. Wenn auch im Senat nicht übermäßig beliebt, hatte er doch in letzter Zeit, namentlich durch sein in Frankreich allgemein geübtes Auftreten in Genf, sich wieder eine solche Stellung verschafft, daß nach Auffassung des Staatsoberbaues auch der Senat ohne allzu großen Grund ihn schwerlich im Ministerium würde ablehnen können. Cardieu, dem es wohlrich an Entschluß und Verantwortungsfähigkeit nicht mangelt, hat denn auch in wenigen Stunden eine Lösung bewerkstelligt, die nach seiner Auffassung ihm alle Wirkungsmöglichkeiten gibt und gleichzeitig dem Senat besänftigen möchte. An der Wahlform, dem unmittelbaren Stein des Anstoßes, will er sich mehr oder weniger besintzeressieren. Die Verkleinerung des Kabinetts entspricht dem seit langem gerade vom Senat verlangten Sparprogramm, und die Ernennung des Senators Thalen zum Innenminister, eines allgemein geschätzten, eher linksgerichteten alten Herrn, soll auch für einen guten Willen beweisen. Dafür hat sich auch Cardieu sein Kabinett um so mehr nach seinen Wünschen umgesehen. Das Außenministerium, seit Jahren sein letztes Ziel, ist nunmehr seine Domäne geworden. Daß Cardieu in das Kriegsministerium eines ausgesprochenen Budgetfachmann gestellt hat, zeigt sein Bestreben, auch in diesem Ressort, als Premierminister, seinen politischen Einfluß zu behalten. Schließlich bedeutet die Beförderung der Staatssekretärposten im Ministerpräsidium und dem Ministerium des Innern durch ausgesprochene eigene Vertrauensleute — den bisherigen Innenminister Cathala, Sign. Foulon —, daß auch die Innenpolitik durchaus nach seinen Weisungen geführt werden soll.

Cardieu hatte, obwohl auf dem Nebengelände des Landwirtschaftsministeriums, bereits die politische Richtung des ersten Kabinetts Kaual maßgebend beeinflusst. Das kurze Vorkandidatium im Kriegsministerium zu Beginn der Abbrünnungskonferenz hatte die Richtung des aktiven Politikers Frankreichs in die Weltpolitik eingeleitet. Als Ministerpräsident und Außenminister hat Cardieu nunmehr auf die Kuffen verzichtet, die er eine Zeitlang für seine politische Arbeit benötigte. Cardieus Innen- und Außenpolitik, über Dorurteile erhaben, aber sicher in ihren Zielen, und vor Harer und unbereiterer als je zuvor der Weltpolitik, sind Länder ihre Aufgaben stellen. Trotz der kurzen Spanne bis zu den Kammerwahlen dürfte sich Cardieu kaum mit der Rolle eines Übergangsministeriums befassen, da vielmehr seine Zeit zur Erreichung eines größtmöglichen Erfolges auszunutzen trachtet.

Z. M.

Zollmauer um England

Das längst Erwartete ist nun Tatsache geworden: mit dem 1. März findet die Epoche großbritannischen Freihandels ihr Ende durch den Übergang zum ausgeprägteren allgemeinen Zollschutz. Seit der Aufhebung der Einfuhrzölle auf Getreide im Jahre 1846 war England bis Kriegsende 1918 freihändlerisch, d. h. es gab zwar einige wenige Finanzzölle, die nur aus fiskalischen Gründen erhoben wurden, im übrigen aber wurde die Warenzufuhr nicht weiter erschwert. Ein im Jahre 1903 von dem damaligen Kolonialminister Josef Chamberlain unternommener Versuch, England zum Schutzpflanz zu betreten, schlug fehl. Mutterland und Kolonien wollten zu einem im wesentlichen auf sich selbst geschlossenen Weltreich zusammengefaßt werden und sich zu diesem Zweck nach möglichem zur Abwehr fremder Einfuhr mit einem Zollmauer umgeben. Es ist nicht uninteressant im Hinblick auf die gegenwärtige Entwicklung, daß seinerzeit die Notwendigkeit eines Schutzpflanz damit begründet wurde, daß England nicht bei seiner freihändlerischen Politik bleiben könnte, da die fremden Länder, die den englischen Fabrikaten ihre Tore verschlossen, ihre Überproduktion auf den englischen Markt wirfen und der englischen Industrie ihre Absatzmöglichkeit auf der ganzen Welt schmälerten. Dieser Plan scheiterte an dem ziemlich einhelligen Widerstand der öffentlichen Meinung.

Mit der Beendigung des Weltkrieges hat sich aber erst allmählich, in den letzten Jahren dann immer härter die englische Handelspolitik in der Richtung wachsenden Zollschutzes zur Erwerbung ausländischen Warenabfahes entwickelt. Grundföchtig hat England aber noch bis in die letzten Jahre um die Aufrechterhaltung des Freihandels, z. B. auf den Genfer Wirtschaftskonferenzen durch seine Unterföchtung, der Idee eines allgemeinen Zollbundes, gekämpft. Schließlich aber hat auch England dem Zuge der Zeit sich beugen müssen, namentlich nach dem Sieg der Konservativen im Oktober v. J. Schon vor dem nunmehr vollzogenen Übergang zum Schutzpflanz befand ein buntes Gemisch aller möglichen Einzelzölle: McKennazölle, Zölle zum Schutz gewisser für die Landesverteidigung wichtiger Industrien, Zölle auf bestimmte Genußmittel, auf Seide und Kunstseide, ferner die sog. safeguarding-Zölle. Im Dezember und Dezember vorigen Jahres endlich wurden hohe Zölle (20 v. H. vom Werte der Einfuhrwaren) zur Verminderung sog. anomaler Einfuhr eingeföhrt. Am historischen 4. Februar d. J. teilte das englische Kabinett dann dem Unterhaus durch den Mund seines Finanzministers Neville Chamberlain die Schutzpflanz vor. Diese setzt einen allgemeinen Einfuhrzoll von 10 v. H. vom Werte der Waren vor. Eine besondere Kommission feht darüber hinaus für die Waren, deren Einfuhr besonders unerwünscht ist, höhere Zölle feht. Gegenüber der Einfuhr solcher Länder, in denen die englische Ware besonders benachteiligt wird, z. B. durch Geldentwertungszölle, können Vergeltungszölle bis zu 100 v. H. des Warenwertes angewandt werden. Den feht bedeutenden englischen Zwischenhandel mit fremden Ländern will man durch Einföchtung einer Reihe von Freihöfen aufrechterhalten. Dözig sollfein bleiben nur gewisse Lebensmittel und Rohstoffe. Dölig sollfein bleibt aber auch — und das ist das zweite Ziel der Zollregelung — die Einfuhr aus den englischen Kolonien. Die Reichskonferenz im Juli in Ottawa wird darüber endgöutig entscheiden, ob die so vorbereitete Schöpfung eines in sich geschlossenen Empires gelingt. In einem schicksalsschweren Kreislauf fehet damit die englische Handelspolitik zu den Plänen Josef Chamberlains vom Jahre 1903 zurück. Es hatte daher seine Berechtigung, wenn englische Zeitungen am 4. Februar als einen „Sieg der Chamberlains“ bezeichnen, was es doch nicht schon eröndet, der zweite Sohn Josef Chamberlains, Neville Chamberlain, der als Finanzminister des MacDonald-Kabinetts in einer großen Rede dem Parlament den historischen Regierungsbeschlüß bekanntgab. Außer ihm war auch Alfons Chamberlain, der älteste Sohn Josefs und langjähriger englischer Außenminister, anwesend.

Die Abwehr vom großbritannischen Freihandel hat sich nicht ohne Widerspruch von liberaler und arbeitsparteilicher Seite vollzogen. Auch bestimmte Industrien haben schon die Befestigung laut werden lassen, sie würden durch Verteuerung der Rohstoffe und der Arbeitskraft die Bevölkerung des Weltmarktes schädigen mit dem Auslande befröchtigt werden. Aber im Gegenfatz zu 1903 hat doch die schlechte Finanz- und Wirtschaftslage im allgemeinen dem Schutzpflanz in England eine gute Aufnahme bereitet. Man verpöcht sich davon eine föhlabare und rasche Erleichterung der gegenwärtigen Schwierigkeiten. Ob diese in dem erhofften Ausmaße eintreten wird, ob es vor allem gelingt den Handelsverträge mit den Kolonien wesentlich zu feigern, vermag nur die Zukunft zu lehren.

Für die nichtenglische Welt, vor allem für Deutschland bedeutet der handelspolitische Wandel Englands eine weitere harte Eröchtigung der Absatzmöglichkeit für die heimischen Industrien. Bereits im Januar ist die deutsche Ausfuhr nach England um über 50 Millionen RM. zurückgegangen. Im Jahre 1931 (Januar bis September) stammten rund 20 v. H. der deutschen Warenzufuhr aus England und seinen Kolonien, Deutschland selbst fehte etwas über 15 v. H. feiner gesamten Ausfuhr dorthin ab. Auch für uns kann sich auf die Dauer aus dem Schritt Englands der Zwang zu einer Veröchtigung der Abwehr fremder Einfuhr ergeben.

Mit überwöltigender Stimmenmehrheit 442 : 62 — ist am 26. Februar vom englischen Unterhaus die Zollpöchtvorlage der Regierung in dritter Lesung angenommen worden. W. g.

Zuspöhung im fernem Osten

Trotz aller Appelle und Vermittlungsvorschläge aus Genf, Washington und London hat sich der am 18. September 1931 ausgebrochene chinesisch-japanische Konflikt weiter verschärft. Es ist sogar im Laufe des Januar zu dem eigentlichen manöcherischen Konfliktföchtung ein neues Ereignis hinzugegetreten, das die Verhandlung noch mehr erschweren wird und dessen Ausgang vorläufig noch gar nicht abzusehen ist, nämlich das kriegerische Vorgehen Japans an den Grenzen der internationalen Niederlassungen von Schanghai gegen die chinesischen Truppen. Was will Japan mit dieser neuen Aktion und was können die Mächte unternehmen, um diesem schon nicht mehr abzuleugnenden offenen Kriegszustand zwischen den beiden Ländern entgegenzutreten?

Der Anlaß für das japanische Zugreifen in der Mandchurien war die wachsende Geföhr, daß China durch Ausbau feiner Sied-

lungstätigkeit und seiner wirtschaftlichen Stellung jenseits der Großen Mauer sowie durch Unterböhmen des japanischen Verkehrsmonopols der südmandschurischen Bahn Japan langsam aus der Mandschurei hinausdrängen würde, in der das Aufsteigen seit dem glücklichen Ausgang des Russisch-Japanischen Krieges und noch mehr seit den 21 Verträgen zum Jahre 1915 besondere vertragliche Vorrechte besitzt. Japan begnügte sich dabei nicht mit einer bloßen militärischen Demonstration, sondern es befehlete alle wichtigen Verkehrslinien und Knotenpunkte des ganzen Landes bis nordwärts nach Chargin und Tschitar und südwestlich bis Chingdou und der Großen Mauer. Die zweite japanische Etappe bildete der Ausbau eines neuen autonomen Verwaltung- und Regierungssystems, das, nach außen hin autonom, die Interessen Japans vertritt und für welches Tokio so wichtige Persönlichkeiten als Generalkommissar wie den letzten Sproß der Manchu-Dynastie, den im 22.jährigen Prunzen Puih, welcher die Mitte Februar zum Präsidenten der mandchurischen Republik ausgerufen worden ist. Unter dem Schutze dieses autonomen Regimes wird Japan seine wirtschaftliche Stellung in der Mandschurei, die für das raum- und rohstoffarme Land lebenswichtig erscheint, systematisch ausbauen und nach Maßgabe der wiederkehrenden inneren Behebung der drei mandchurischen Provinzen seine Truppen allmählich vermindern oder gar in die Bahnhöfe zurückziehen. Wenn der jetzige japanische Ministerpräsident Inukai feierlich in einer Presseerklärung erklärt hat, daß Japan die Mandschurei nicht einmal gefesselt nehmen würde, so ist der Blick das auch militärisch und politisch viel zu sehr belastet müßte, so erscheint uns diese Erklärung durchaus nicht ungläubigartig angelehnt der Tatsache, daß keineswegs japanfeindliche Mächte gerade ein japanisches Festhalten in der Mandschurei herbeiwünschten. Japan will im Grunde den Zustand wiederherstellen, der in den „unverfalligen“ Jahren des Marischalls Schangschin bestanden hat und ihn durch neue, weitergehende Garantien unterbauen.

Für dieses Ziel braucht man aber die Zustimmung der Mächte und ein Nachgeben Chinas, dessen nationalistische Kreise jeden irgendwie gesteuerten Versuch, auf die Mandschurei weit von sich weisen und eine Vernichtung der ungleichen Verträge mit Japan verlangen. Da die chinesische Nationalregierung mit militärischen Machtmitteln in der weitestfernten Provinz nichts unternehmen kann, und da der Dölkerrund verlagst hat, so verwendet China die einzige ihm gebliebene Waffe, nämlich den Wirtschaftskrieg. Wenn wir diese beiden Tatsachen nebeneinander halten, so verstehen wir den Grund des japanischen Eingreifens in Schanghai. Um einen politischen Druck auf China auszuüben, hätte die japanische Armee auch über die Große Mauer nach Tientsin und Peking marschieren können. Aber wir können uns eben allen Zweifel in die Sicherung durch das Nanjing-Wasservergeß, über das drei Viertel der gesamten chinesischen Ein- und Ausfuhr geht. Die Tatsache, daß die Japaner in Schanghai zunächst nur mit einer geringen Truppenmacht vorgegangen sind, scheint anzudeuten, daß man sich den „militärischen Spaziergang“ nach Mittelchina in Tokio viel leichter vorgestellt hat, als er in der Tat ist. Schon der Inhalt des Ultimatum, welches der japanische Flottenkommandant am 18. Januar dem chinesischen Oberbürgermeister von Schanghai überreichte, deutet auf das eine der beiden japanischen Kampfsziele hin, nämlich auf den

Abbruch des Wirtschaftskrieges, der sich auf das japanische Wirtschaftsleben in verhängnisvoller Weise auszuwirken beginnt. Daneben spielte die Wiedergutmachung fälscher Übergänge und Mißhandlungen nur eine untergeordnete Rolle. Es war klar, daß eine Stadteroberung nicht für den Abbruch einer Bewegung Garantie leisten konnte, die eine nationale Angelegenheit des ganzen Reiches geworden ist. Ein zweites aber hat Japan mit seinem Vorgehen in Schanghai bereits erreicht: Das Weltinteresse wurde sich von den mandchurischen Vorgängen dem Schicksal der Millionenstadt am Nanjing mit ihren riesigen internationalen Interessen zu, und Japan kann indessen seine mandchurische Stellung ungehindert ausbauen. Es hat den Anschein, als wenn die Großmächte eines Tages froh sein würden, wenn wenigstens der Krieg um Schanghai ein schnelles Ende findet, ohne sich allzulebte Sorgen um die mandchurische Zukunft zu machen.

Die Frage des Dölkerrundes im ostasiatischen Konflikt ist von Monat zu Monat schwieriger geworden. Nachdem die etwas übereilten und wenig sachverständigen Schritte des Dölkerrundes vom September auf der Sonder Sitzung in Paris zugunsten Japans revidiert worden waren und man mit Hilfe der Entsendung einer internationalen Studienkommission einen glücklichen Ausweg gefunden zu haben glaubte, sorgte Japan dafür, daß sich der Preisgeverleiht des Dölkerrundes weiter fortsetzte. Hatte es die japanische Regierung bereits anlässlich der mandchurischen Streitfragen nicht für notwendig gehalten, den Dölkerrund als Schiedsrichter heranzuziehen, sondern zur militärischen Selbsthilfe gegriffen, so bedeutete das Bombardement einer offenen Handelsstadt mit internationalen Interessen auf Grund einiger Unlichkeiten und wirtschaftlichen Verzerrungen eine offene Provokation nicht nur des Dölkerrundes, sondern auch der Großmächte, die gewonnen waren, Gewalt sei sich in ihren Niederlagen dem Schauspiel eines Großkampfes zwischen Häuflein, Handelsflotten und modernen Fabriken zuzusehen. Die wiederholten Appelle, welche der Dölkerrund (sowie die Regierungen der großen Mächte an Japan und — der Form halber — auch an China gerichtet haben und eine in sehr energischem Ton gehaltenen Genfer Note nach Tokio haben in Japan keinerlei Eindruck gemacht, und die ausweichende Antwort des japanischen Ratserreters und der japanischen Regierung bewies deutlich, daß die Regierung in Tokio sich von allen feierlichen Bindungen auflösen lassen will. Bedeutete China Anstrafen für den Dölkerrundartikel 10 und 11 auf Grund der Schanghaier Vorgänge ein Hinussgehen über die bisherigen Ratsmethoden — ohne freilich Wirkungssolier als jene zu sein —, so stellt die Einberufung einer außerordentlichen Bundesversammlung zum 3. März dieses Jahres eine letzte und äußerste Maßnahme dar, um Japan zum Einlenken zu bewegen. Inzwischen ist auch die Washingtoner Regierung durch den Mund des Staatssekretärs Stimson recht deutlich geworden, so daß sich eine feierliche außenpolitische Isolierung Japans am Horizont abzeichnet. Dreimal im Stimmenseß, in der Parlamenten und in Washington hat Japan seine alte weit gefassten Ziele unter dem Druck der Mächte revidieren müssen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es im Jahre 1932 zum vierten Male die Grenzen weltpolitischer Möglichkeiten erkennen lernt.

Dr. Walter Hagemann.

Alte Brandenburgische Städte / Von Hans Jeed

Zu den Jubelfeiern von Bernau, Oranienburg, Küstern und Spandau

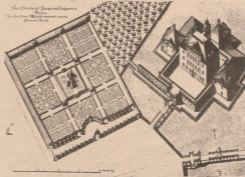
Aus den abfliegenden Wendenzeiten der Mark, jenen fern zurückliegenden Tagen, da mit den nordwärts vordringenden Sachsenstämmen auch deutsche Art und christliches Wesen im Flußbereich von Havel, Spree und Oder Wurzel zu fassen begannen, schimmern die Namen einiger noch immer gegenwärtiger Städte herüber, die urwäldigen Überlieferungen nach vor acht- und siebenhundert Jahren gegründet oder doch zuerst erwähnt worden sind. Zwei von ihnen, Böhlow, das jetzige Oranienburg, und Spandau, das jetzige Preußens Hältsche Feftung, wuchsen an der Havel heran. Mühlhain, Berlins Wehr am Oben, dort, wo sich die Mark in den Oberstrom ergießt, und Bernau, das alte Hoffstern und die betagelte und heute kleine Stadt dieser vier Gründungen, an jenen roten Feldern, von denen aus die Panke ihre beschriebenen Gewässer nach Süden zu in die Spree sendet. Mögen ihre Türme und Wehgräbe, ihre Mauern, Umwallungen und Gräben auch zum Teil gefallen oder überdeckt sein,

mögen Befestigungen, Feuersbrünste oder die Bedürfnisse, Gehaltungen und Kräfte späterer Generationen immer wieder andere Züge in diese altersgrauen Stadtbilder gezeichnet haben, wie sie sich in der Nähe von märkischen Kiefernwäldern und Seen mit ihrem erweiterten Mauerwerk von Gassen, Kirchen und Kirchen als sichtbare Zeichen vergangener Geschichte erheben, sind sie immer noch ein Mittel, den Geist und die Schicksale dahingewandener Geschlechter zu erkennen.

Vielleicht sieht man es.

Oranienburg,

das von denen vier Jubiläumsköden dem beitragen, die letzten Jahr verspüren läßt, dem kühlen Havelrute, jung verheiratete Gattin des großen Kurfürsten, nicht nur Namen und Färbung, sondern von dem Stillegefühl ihrer holländischen Herkunft aus wahrscheinlich auch bestimmte gärtnerische und architektonische Prägungen gegeben hat, heute noch ein wenig an, daß es ebenso wie das ganz anders wirkende Mühlhain



Oranienburg, feierliche Halle, Hauptpaß und turmförmiger Sülgang
Nach einem Meißnischen Kupferstich

lange Residenz mit glänzenden Empfängen und Wasserkünsten, rauschenden Feiern und Singspielen auf der Naturbühne des jetzt etwas verwildert und leer anmutenden Parkes gewesen ist. Hier verbrachte nach der für Preußen verlorenen Kolliner Schlacht der in Ungnade gefallene Bruder August Wilhelm des großen Friedrich die letzten müden Tage. Das ziemlich verbaute Schloß, in dem er starb, nach großen Bränden von 1835 und 1842 stellenweise neu aufgeführt, mit hübscher hellgelber Fassade am faßadenumfassenden Marktplatz und vortrefflicher Wasserfront zum grünen Havelufer, ist jetzt zum Seebeseminar eingerichtet und bezieht nur noch zu Teilen aus jener 1700 von Cosander von Goethe erweiterten Residenz, wie sie Menckardt, der auch die Zeichnung zu der Merian'schen Ansicht lieferte, 1681 für die Kurfürstin errichtete. Von der alten Burg Bölow, die sich auf dem Boden einer westlichen Niederlassung erhob, in den Tagen Joachims II. einem wieder zerstörten Jagdschloß Platz machen mußte, und dem berühmten, von Kulte Henriette gestifteten Waisenhaus blieb nichts erhalten. Die schlichte, oft von Bränden heimgesuchte Nikolaikirche ist stark restauriert worden, und die Stadtgegend am Bahnhof empfängt durch Auer-, Kalfschüttenwerke usw. bereits inbathrischen Einfluß.

Hingegen hat sich, als ein seit altersher auf bürgerlichem Gemeinfinn gegründetes Stadtwesen, das ebenso im nördlichen Berliner Eisenbahngebiet, nur etwas weiter östlich liegende

Bernau

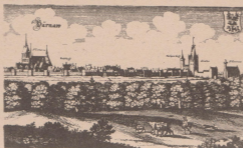
seine mittelalterlichen Züge treu bewahrt. Noch immer ist die große Ringmauer, die dem Hufsteinform 1432 widerstand, genau zweihundert Jahre, nachdem Bernau Stadtrecht verliehen wurde, zum großen Teil, an einigen Stellen noch in ihrer ursprünglichen Höhe von sieben Metern, vorhanden. Und auch sonst wird es in dieser alten, geschlechtertreuen und erwerbsfrohen gebildeten Brauer- und Tuchmacherstadt, die auf der Flügge den roten brandenburgischen Adler und den braunen Bären führt und in ihren besten Zeiten besondere Vorschriften gegen Schwelgerei und Luxus erlassen mußte, nicht viel anders als in den Tagen von Georg Rollendagen gewesen sein, der hier 1542 geboren wurde und aus den Jugendberufen der ländlichen Umgebung, die sich nach dem zeitweiligen Kleinpolen hin erstreckt, jene Dichtung von „Grosdmüslers“ schuf, die nach dem „Reineke Fuoks“ als bedeutendste Tiergeschichte der deutschen Literatur gilt. In der St.-Marien-Kirche (früher Katharinen-), 1141 gegründet und bis 1484 ausgebaut, lag einstmals des Schwedenkönigs Gustav Wlods Leiche aufgebahrt, und von den alten Toren ragen noch zwei als sehr starke Türme, von neuen Zeiten hindurch, in denen eine machtwort, wehrhafte Bürgerwehr die Quisquos und später die Hufsteinmauer abwehrte.

Von den beiden eigentlichen brandenburgischen Festungsstädten Küstrin und Spandau galt die östlich von Berlin auf einer Insel gelegene Altstadt von

Küstrin

zuerst 1252 als Fischerdorf Cottezine urkundlich erwähnt, lange durch ihren natürlichen Schutz vor Fluß und Gräben als offene Stadt. Erst späterer harter Abwehranlagen wurde sie 1794 durch ein neugötisches Bombardement der Russen bis auf wenige Gebäude zerstört,

worauf Friedrich der Große in Erinnerung an die drei trübseligen in Küstrin verbrachten Jugendjahre — wurde doch nach seiner militärischen Flucht 1750 der Freund Katta hier hingerichtet — sich ihren Wiederaufbau angelegen sein ließ. Dazwischenwiese Soldaten, dann hauptsächlich Beamtenstadt, trat das Bürgerum, das sich mehr in der modernen, weitläufig und ansehnliche, merkwürdig zurück und wird auch kaum wesentlich in den



Bernau, Ausschnitt aus einem Merian'schen Kupferstich

freibürgerlichen Stadtkern eindringen, da die nach den Bedingungen des Friedensvertrages sich vollständig Schließung der alten Festungsanlagen Privatbürgern nur wenig Raum zu bieten vermog. Im alten Schloß, es ist wie das ursprünglich in Barock aufgeführte Rathaus durch spätere Ergänzungsbauten stark verändert, prägen noch Renaissanceportale und Architekturkreuze in Terrakotta aus der markgräflichen Zeit. Von Schinkel kammt die Innenarchitektur der nach den Schäden der russischen Beschießung wesentlich umgestalteten Pfarrkirche, die besonders am unteren Turm noch mittelalterliche Mauerreste zeigt.

Wird im Charakter von Küstrin-Neustadt durch Holzwerke, Brennereien und kleinere Fabrikbetriebe schon ein merklicher industrieller Unterton spürbar, ist

Spandau

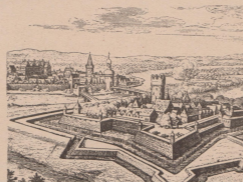
im Laufe der Zeiten ganz zur Fabrikstadt geworden. Mit den Deutschen Werken und anderen Industrieanlagen, mit der neuen Siemensstadt, in der Dampfmaschinen und vorzüglich Schornsteine rauchen, mit Heerhöfen von Arbeitern und Handwerkern, auf die heututage leider auch eine starke Arbeitslosigkeit kommt, die die Bevölkerungszahl jeder der drei anderen Jubiläumstädte der weitem übersteigt, weist sie gegenüber dem Stadtbild der früheren Jahrhunderte so erhebliche Umgestaltungen auf, daß außer dem uralten Juliussturm nur noch die gedrungene, wehrhaft anmutende Nikolaikirche aus dem 14. Jahrhundert und Reste der Festungswerke Kunde von den vielfachen Schicksalen des Ortes geben, dem 1252 Markt und Gerichtsbarkeit verliehen wurde. Nicht immer vermissen sich die ererbte Hagenarbeiten mit der Geschichte dieser alten brandenburgischen Springburg, die Anna Spina die „schöne Fischerin“ und viele andere Opfer einer drakonischen Staatsräson in strenger Haft hielt. Von allen Befestigung, die Spandau sah, ist vielleicht Gottfried Kinkel, der nicht auf der Zitadelle, sondern in dem längst abgebrochenen Zuchthaus saß, und von Karl Schurz, dem späteren amerikanischen Staatsmann, in tollkühner Flucht nach England befreit wurde, der berühmteste gewesen.

Wer jedoch die Sinne von diesen Erinnerungen und vom Rhythmus der Arbeit absetzt, der Spandau überall erfüllt, wer durch die allzu engen Gassen der Altstadt wandelt und den Turm der verwitterten Badsteinkirche bis in das Gebiet der Dachbalken und Fledermause hinauf befragt, dem öffnet sich der neue Blick auf das mit typischem Baus- und Waldbestand mit blühenden Feldern und schimmernden Wasserflächen gesegnete Havelland.

Und fern im Nordwesten — dem Blick nur noch schwach erkennbar — ragen die Türme der sanktionierten Mauern, durch die Berlin bis zu den überflossenen Ländern spricht.



Das Hohe Haus Küstrin, Ausschnitt aus einem Merian'schen Kupferstich



Die „Belle“ Spandau, Kupferstich von Merian

Zwei wertvolle Bücher über das Auslandsdeutschtum

Dr. FRITZ WERTHEIMER

Generalsekretär des deutschen Auslandsinstitutes in Stuttgart

Von deutschen Parteien und Parteiführern im Ausland

Zweite, stark erweiterte Auflage
Über 400 Biographien

352 Seiten / 46 Bildnisse / Umfassen-
des Nachschlageregister / Preis ge-
bunden Rm. 12.—, broschiert
Rm. 10.—

Aus den Presseurteilen:

Politisches Tageblatt, Aachen:
20—30 Millionen deutsche Stammesbrüder leben im Ausland. Volksgruppen von starkem Lebenswillen, von hohem Verantwortungsgefühl, von unerbörter Opferbereitschaft und Tapferkeit. Über die politische Gliederung und Beteiligung dieser Deutschen hat zum erstenmal Dr. Fritz Wertheimer . . . einen klaren Überblick gegeben. Die Tatsache, daß die erste Auflage dieses Buches bald nach Erscheinen völlig vergriffen war, spricht für die Notwendigkeit dieser ungewöhnlich reichhaltigen Gesamtdarstellung und Materialsammlung. Man wird über das Auslandsdeutschtum in seiner wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Bedeutung für das Deutsche Reich nicht mit-sprechen können, ohne dieses lückenlose und bedeutsame Material zu kennen.

Hamburger Fremdenblatt:
. . . diese Arbeit ist eine der wertvollsten literarischen Neuererscheinungen für das Deutschtum in Europa und unentbehrlich für jeden Politiker und Mitkämpfer für unser Volkstum und seine Ziele.
E. G. H. im H. F.

Deutsche Zeitung von Mexiko:
. . . die Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse die Grundlage für alle Diskussionen und Erörterungen . . .

Deutsches Volksblatt, Novisad:
. . . in Wertheimers Buch finden sich die Tatsachen so lückenlos und bedeutungsvoll, so zuverlässig und fesselnd, wie sie vielleicht in keiner der Schriften über das Thema Auslandsdeutschtum der letzten 20 Jahre zu finden sind.

Dr. jur. et phil. HUGO GROTHE

Leiter des Instituts für Auslandskunde, Grenz- und Auslandsdeutschtum in Leipzig

Die Deutschen in Übersee

Eine Skizze ihres Werdens, ihrer Verbreitung und kulturellen Arbeit

In Verbindung mit dem Verein für das Deutschtum im Ausland

320 Seiten / Atlasbeilage mit 48 mehrfarbigen Kartenskizzen / Preis ord. geheftet Rm. 10.—, geb. in Halbleinen Rm. 12.—

Die ersten Werturteile:

Dr. Franz Tierfelder schreibt in „Volk und Heimat“, München: Das neue Werk Hugo Grothes, des verdienstvollen Vorkämpfers für wissenschaftliche Volkstumsforschung, füllt eine empfindliche Lücke in der genericverträdlichen Volkstumsliteratur aus. Während wir für das europäische Deutschtum in P. Rohrbachs „Deutschtum in Not“ ein reich angestattetes Übersichtswerk besitzen, . . . fehlte eine Darstellung für das Deutschtum in Übersee . . . Das Buch bringt vor allem in seinem Kartenteil Übersichten, die für künftige Arbeiten, wenn auch in mancher Beziehung noch berichtigungs- und ergänzungsbedürftig eine wichtige Grundlage bilden. . . ein Verzug des Werkes, dem man die weiteste Verbreitung wünschen möchte, ist eine sachliche und doch fesselnde Darstellung — selbst Statistisches verliert unter Grothes Händen seine Schrecken. Nicht minder wohlthuend ist die typographische Ausstattung des Buches, das mit Rücksicht auf die Atlasbeilage als ungewöhnlich preiswert bezeichnet werden muß.

Die Deutsche Tageszeitung meint: Jeder, der sich für die Geschichte der deutschen Nation und des deutschen Volkstums interessiert, wird dieses Werk gern zur Hand nehmen.

Der Pfälzische Kurier weist darauf hin: Das Buch gibt wertvolle Fingerzeige für eine nationale Arbeit im Auslandsdeutschtum, dazu eine Übersicht über die Verhältnisse der Siedlungsgebiete in Übersiedelern, aus der zu erkennen ist, wohn der deutsche Auswandererstrom in Zukunft geleitet werden soll.

Die Prager Presse mahnt: Für dieses geliebte Buch müssen sich auch nichtdeutsche Politiker, Volkswirtschaftler und Völkerpsychologen interessieren, denn Tatsache bleibt, daß gerade der Deutsche im Auslande mit besonderer Betonung an dem Staatleben des Gastvolks teilnimmt. . . Wer sich der Tatsache bewußt wird, wie beachtlich auch bei der besten Organisation der Auslandsinstitute die Sammlung der Materialien und Daten über junge und alte Emigrationen ist, wird der vom Verfasser mit Liebe geleisteten Arbeit ein fachliches Lob zollen.

Sonderprospekte verlangen / Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt:

Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35, Potsdamer Str. 41

Fernsprecher: B 1 Kurfürst Nr. 2881 / Postscheckkonto: Berlin Nr. 78995

